

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

49. Sitzung vom 20. Februar 2014

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1.	Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw Gemeinderäte	S. 3
2.	00192-2014/0001-MDLTG: Gemäß § 21 (4) WStV Einberufung des Gemeinderates der Stadt Wien durch Bgm Dr Michael Häupl zum Thema "Nächster AKH-Skandal – rot-grüne Stadtregierung gefährdet die städtische Gesundheitsversorgung!"	S. 3
3.	Mitteilung des Einlaufs	S. 3
4.	00192-2014/0001-MDLTG: Debatte auf Grund des Verlangens des Klubs der Wiener Freiheitlichen zum Thema "Nächster AKH-Skandal – rot-grüne Stadtreg- ierung gefährdet die städtische Gesundheitsversor- gung!" Begründung: GR Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 3
	Rednerinnen bzw Redner:	
	StR David Lasar	S. 4
	GRin Ingrid Korosec	S. 8
	GRin Dr Jennifer Kickert	S. 10
	StR David Lasar (tatsächliche Berichtigung)	S. 12
	GR Dr Wolfgang Aigner	S. 12
	GR Kurt Wagner	S. 14
	GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 18
	GR Univ-Prof Dr Peter Frigo	S. 19
	GR Christian Deutsch	S. 21
	GR Univ-Prof Dr Peter Frigo (tatsächliche Berichtigung)	S. 22
	GRin Birgit Hebein	S. 23
	GR Wolfgang Seidl	S. 24
	Abstimmung	S. 25

(Beginn um 9.02 Uhr)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Wiener Gemeinderates!

Ich eröffne die 49. Sitzung.

Entschuldigt während des gesamten Tages sind GR Baxant, BA, GR Univ-Prof Dr Eisenstein, GR Florian-schütz, GRin Mag Dr Kappel, GR Kops, GR Strobl, GR Dr Ulm und GR Unger. GR Maresch hat sich ab 9.30 Uhr entschuldigt und GR Prof Kopietz hat sich ab 12 Uhr entschuldigt.

Von den Gemeinderatsmitgliedern des Klubs der Wiener Freiheitlichen - ich bitte um ein bisschen Ruhe - wurde ein Verlangen auf Einberufung einer Sitzung des Gemeinderates zum Thema „Nächster AKH-Skandal - rot-grüne Stadtregierung gefährdet die städtische Gesundheitsversorgung!“ eingebracht.

Der Herr Bürgermeister hat in Entsprechung des § 21 Abs 4 der Wiener Stadtverfassung im Zusammenhalt mit § 8 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien zu dieser Sitzung eingeladen.

Die Geschäftsordnung sieht vor, dass in Sitzungen des Gemeinderates auf Verlangen keine Geschäftsstücke verhandelt werden. Der Entfall von Fragestunde, Aktueller Stunde und dringlichen Initiativen ist in der Fraktionsvereinbarung so festgeschrieben.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass an schriftlichen Anfragen vom ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien eine, vom Klub der Wiener Freiheitlichen gleichfalls eine eingelangt sind.

Wir kommen nun zur Besprechung des Verlangens. Zur Begründung hat sich Herr GR Mag Gudenus zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm, wobei ich bemerke, dass die Redezeit auf zehn Minuten beschränkt ist.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Schönen guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte anwesende Stadträte!

Wir haben heute das Thema AKH und insgesamt die Gesundheitsversorgung zum Thema dieser Sondersitzung gemacht, nicht, wie vielleicht manche glauben mögen, die Mariahilfer Straße, die eigenartigerweise viele Themen in Wien sichtbar überdeckt, weil es gibt sehr viele Themen in Wien, die wichtiger wären als die Mariahilfer Straße, die natürlich auch ein Sittenbild der rot-grünen Stadtregierung ist, wo direkte Demokratie missbraucht wird, wo drübergefahren wird, wo Steuergeld missbraucht wird. Aber das Thema Gesundheitsversorgung und das Thema Steuergeldverschwendung im Gesundheitsbereich insgesamt wollen wir heute besprechen.

Wenn wir gestern gehört haben, dass die „Heilige Mercer“-Studie Wien wieder zur Nummer 1 bei der Lebensqualität weltweit gemacht hat, so müssen wir doch wissen, wenn der Herr Kollege Wagner zustimmend nickt, dass diese Mercer-Studie natürlich nur jene betrifft, die von internationalen Firmen nach Wien geschickt werden, hier jahrelang oder eine längere Zeit leben, denen es natürlich gut geht, die natürlich auch die Mög-

lichkeit auf private Gesundheitsversorgung und erstklassige Medizin haben. Da wird nicht auf Menschen in Wien Rücksicht genommen, die immer mehr unter Armut leiden und die natürlich auch darunter leiden, dass die Gesundheitsversorgung in Wien leider immer schlechter wird, und ich traue mich zu sagen, auch mutwillig seitens der rot-grünen Stadtregierung immer schlechter gemacht wird, weil hier Steuergeld verschleudert wird und weil hier keine Kontrolle vorhanden ist! Ich sage, meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Kontrolllosigkeit, dieses Chaos in der Gesundheitsversorgung der Stadt Wien, hat einen Namen und es ist der Name der Frau StRin Sonja Wehsely, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Es wäre nicht das erste Mal, dass wir heute hier sitzen oder hier stehen und uns darüber beklagen, wie schlecht das Gesundheitssystem in Wien in den letzten Jahren geworden ist, natürlich von der Weltspitze immer weiter herunterfällt. Wir kommen hier zu einigen Themen, die wir besprechen.

Das AKH ist das steinerne Monument sozialistischer Geldverschwendungspolitik. Daher haben wir auch diese heutige Sondersitzung verlangt, weil es scheinbar mittlerweile systemimmanent ist, dass immer, wenn für das AKH der Säckel des Steuerzahlers geöffnet wird, wo auch ein Gutteil herausrinnt, doch immer mehr Steuergelder hineinfließen oder sonst wohin fließen und wir nicht wissen, wohin, eben mehr Steuergelder, als vorab kalkuliert wurden. Aber das Ganze hat eine Methode bei der SPÖ oder bei der rot-grünen Stadtregierung. Skylink zum Beispiel, Ronacher, Prater-Vorplatz, bei all diesen Projekten explodieren die Kosten und im Endeffekt bleibt bei der Gesundheitsversorgung einer auf der Strecke, nämlich der Wichtigste, der Hauptakteur bei der Gesundheitsversorgung schlechthin: Das ist der Patient, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Patient bleibt auf der Strecke! Der Patient sollte eigentlich im Mittelpunkt Ihrer Politik stehen! Er bleibt aber auf der Strecke! Was bei Ihnen im Mittelpunkt steht, sind Steuergeldverschwendung und Machtmissbrauch! Das steht bei Ihnen im Mittelpunkt, meine sehr geehrten Damen und Herren, aber leider nicht der Patient! (*Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Ich brauche gar nicht in die Geschichte des AKH zurückzugehen. Wir wissen, dass schon damals beim Bau des AKH drei Mal so viel Geld aufgewendet wurde, als eigentlich ursprünglich geplant war. Es gab einen langen Gerichtsprozess. Es gab zig Tausende Seiten Akten und Aktenordner. Darauf brauche ich nicht lange einzugehen.

Ich brauche auch nur ganz kurz daran zu erinnern, dass es im Jahre 2010 eine Neuausschreibung der Reinigungsfirma gegeben hat, wo die alte erfolgreiche Firma Janus ausgebootet wurde durch die Firma AGO, die um 3 Millionen EUR teurer angeboten hat, nämlich um 16 Millionen EUR pro Jahr. Auf all das können wir heute noch im Detail eingehen. Auch da hat die Korruptionsstaatsanwaltschaft ermittelt. Da frage ich mich schon: Wo ist hier die politische Verantwortung seitens der Stadtregierung? Wo bleibt hier die Kontrolle? Wo bleibt

hier die Effizienz? Warum wird hier nicht endlich durchgegriffen, wenn es darum geht, Steuergelder seitens der Regierung leider ineffizient einzusetzen? All das bleibt auf der Strecke. Die Frau Wehsely schweigt, man hört nichts von ihr, sie schweigt. Sie hätten eigentlich die Pflicht, Sie hätten den Auftrag durchzugreifen, Sie hätten den Auftrag, hier für Ordnung zu sorgen und wir erwarten uns von Ihnen, Frau Stadträtin, ein Handeln, ein effizientes Handeln, meine sehr geehrten Damen und Herren, und nicht einfach hier sitzen, hier die Hände in den Schoß zu legen und zuzuschauen, wie hier der Patient auf der Strecke bleibt. Das ist nicht die Verantwortung einer Stadträtin meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn uns jetzt im Jahr 2014 der aktuelle Rechnungshofbericht vorliegt, wieder einmal überraschend, nämlich höflich ausgedrückt, eigenwillige Vergabepraktiken, die hier zum Vorschein gekommen sind und auch eine Kostenexplosion zum Beispiel bei der Tiefgaragensanierung. Da hat man Jahre lang nur notdürftig Besserungsarbeiten für gravierende Mängel durchgeführt. Da hat man im Jahr 2010 für eine Generalsanierung 3 Millionen EUR budgetiert und im Jahr 2013 war es plötzlich das 10-Fache. Aus 3 Millionen EUR wurden 30 Millionen EUR, das 10-Fache. Wie kann so etwas passieren, meine sehr geehrten Damen und Herren? Das ist ja wirklich unfassbar und ich frage mich schon, Frau Stadträtin, wo bleibt hier Ihre Aufsichtspflicht, wo bleibt hier Ihre Kontrolle? Überlegen Sie einmal, was man mit dem ganzen Geld machen könnte, man könnte tausenden Familien den Heizkostenzuschuss zum Beispiel finanzieren. Man könnte die Armut bekämpfen wenn hier statt 3 Millionen EUR 30 Millionen EUR im Endeffekt rausgekommen sind. Wo bleibt hier Ihre politische Verantwortung meine sehr geehrten Damen und Herren der SPÖ?

Und ich sage, man gewinnt hier den Eindruck, es ist Ihnen anscheinend vollkommen egal, dass hier ohne Kontrolle, ohne politisches Verantwortungsgefühl agiert wird, nur sieht man auch zum Beispiel an der weiteren Tatsache, dass hier im Jahre 2008 die Firma VAMED KMB beauftragt wurde, ein Kinderherzoperationszentrum zu errichten. Eine gute Sache, eine wichtige Sache. Es wurden budgetiert 30 Millionen EUR, das ist auch okay, in Ordnung, aber auch hier haben sich die Kosten mehr als verdoppelt. Denn nur 4 Jahre später, im Jahre 2012, betragen die Kosten für den Zubau schon 60 Millionen EUR. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, man könnte es nicht glauben, wenn es nicht schwarz auf weiß im Rechnungshofbericht steht: Für 22,5 Millionen EUR gibt es nicht einmal Belege, es gibt nicht einmal Belege für 22,5 Millionen EUR. Dann stellen Sie sich einmal einen Kleinunternehmer vor, der für seine Ausgaben und für sein Treiben von Geschäften keine Belege hat. Da ist die Staatsanwaltschaft schnell am Werk, da ist das Finanzamt schnell am Werk. Aber hier liegen für 22,5 Millionen EUR keine Belege vor. Ja, das ist doch bitte eine Misswirtschaft sondergleichen, Frau Stadträtin, und ich würde mir wünschen, dass auch Sie heute hier rausgehen und einmal wirklich erklären, wo hier das Geld hingeflossen ist, wenn es keine Belege gibt. Wissen

Sie davon, haben Sie davon gewusst, haben Sie Kontrolle ausgeübt? Frau Stadträtin, ich sage Ihnen eines, wir werden auf Grund Ihrer Untätigkeit und Unfähigkeit einen Misstrauensantrag einbringen, weil sowas können wir uns weiter nicht bieten lassen, dass keine Kontrolle für den Umgang von Steuergeldern vorhanden ist, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und es handelt sich hier insgesamt um eine gefährliche Mischung aus Maßlosigkeit und Machtlosigkeit, weil Sie haben zwar hier mit zwei Grünen die Mehrheit, insgesamt mit der Rot-Grünen-Mehrheit zwar eine formelle Macht, aber wenn man sieht, wie Sie hier ohne Kontrolle im Bereich AKH oder auch bei anderen Spitälern fuhrwerken, dann ist es eine Machtlosigkeit gepaart mit einer Maßlosigkeit und ich brauche gar nicht auf weitere Problemfelder und Versagen eingehen, zum Beispiel das Versagen des Spitalsmanagements im Wilhelminenspital, wo es kein Erhaltungskonzept gibt, also eine Konzeptlosigkeit, eine Planlosigkeit sondergleichen oder auch die Kostenexplosion beim Krankenhaus Nord. All das lässt tief blicken und ist im Endeffekt ein Sittenbild der rot-grünen Stadtregierung hier in Wien meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir bringen diesen Misstrauensantrag heute ein. Ich darf alle Gemeinderäte mit Anstand und Charakter auffordern, diesem Misstrauensantrag zuzustimmen und wir fordern auch eines und werden davon nicht locker lassen: Wir wollen bis zur nächsten Wiener Wahl, egal, ob sie heuer im Herbst statt findet 2014 oder nächstes Jahr im Herbst 2015. Wir brauchen eine Gemeinderechtl. Untersuchungskommission, um alle Missstände, alle Vergabeskandale, alle Korruptionsverdachtsmomente aufzuklären. Das brauche es in Wien, einen Antikorruptionsausschuss, wo hier endlich Licht ins Dunkle kommt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bevor ich die Debatte eröffne, begrüße ich die interessierten Zuhörer auf der Galerie. Insbesondere möchte ich hervorheben, dass auf der Galerie auch eine Rhetorikgruppe des Abendgymnasiums Henriettenplatz vorhanden ist, herzlich willkommen im Wiener Gemeinderat. *(Allgemeiner Beifall.)*

Nun eröffne ich die Debatte. Für die nun folgenden Wortmeldungen möchte ich bemerken, dass die Redezeit für die erste Runde nach der Begründung des Verlangens 30 Minuten beträgt, die Redezeit jedes weiteren Redners ist mit 15 Minuten begrenzt. Als nächster Redner hat sich Herr nichtamtführender Stadtrat Lasar zu Wort gemeldet und ich erteile es ihm.

StR David **Lasar**: Danke, Herr Vorsitzender. Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Stadträtin!

Wichtig, denke ich einmal, ist zum Ersten, was es ausmacht, dass es solche Skandale im AKH in dieser Richtung gibt, zum einen ist es die Betriebsführung und ich möchte heute einmal eingehend beleuchten - warum es solche Überschreitungen und solche finanziellen Missstände im AKH gibt.

Ein wichtiges, grundlegendes Thema ist die Betriebsführung. Seit mehr als 25 Jahren gibt es Anstrengungen,

die Betriebsführung des AKH in eine Einheit zusammenführen. Sie, Frau Stadträtin, haben das jetzt wieder angesprochen, wir brauchen eine gemeinsame Betriebsführung. Ich sage Ihnen, Frau Stadträtin, wir haben ja schon eine, die wurde nämlich 2005 geschlossen, darum gebe ich Ihnen ja nicht die alleinige Schuld. Es gibt Verträge seit 2005, die laufen bis 2015, über eine gemeinsame Betriebsführung. Die wurden unterzeichnet - also es gibt einen Vertrag zwischen Bund und Stadt Wien sowie Bund und Medizinische Universität. Unterzeichnet haben damals Bundesministerin Gehrler, Stadträtin Brauner, Bundesminister Grasser und Vizebürgermeister Sepp Rieder unterzeichnet. Das waren damals die amtsführenden Stadträte und Bundesminister. Frau Stadträtin, jetzt frage ich Sie, warum erfüllen Sie hier nicht die Vereinbarungen, die seit 2005 geschlossen worden sind? Ich kann es mir nur so vorstellen, Frau Stadträtin: Entweder Sie wissen nichts davon oder Sie wollen einfach davon nichts wissen. Das ist genau der Punkt. Warum erfüllen Sie diese Vereinbarungen, die vertraglichen, die von 2005 bis 2015 geschlossen worden sind, nicht? Und jetzt kommen Sie und sagen, Sie brauchen eine neue. Dann sag ich, wir brauchen nichts Neues, erfüllen Sie einmal die bestehenden Verträge, und dann können wir über eine neue Vereinbarung reden, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Frau Stadträtin, ich möchte zu einzelnen Punkten kommen. Warum? Dass Sie auch sehen, warum das dort nicht funktioniert, wenn man keine Vereinbarung hat. Zum Beispiel das Kinderoperationszentrum, da hat man sich nicht einmal die Mühe gemacht, schlüssig und mit Fakten belegt zu überprüfen, ob es sinnvoll ist, das Kinderoperationszentrum durch eine Aufstockung oder durch einen Neubau zu errichten. Man hat einfach drauf los gebaut und dann kommt man auf die 40 Millionen. Und dann, was passiert dann, Frau Stadträtin? In der Kinderherzchirurgie haben wir nämlich auf Personal vergessen, das habe ich schon mehrmals erklärt. Was ist passiert? Man geht durch das frisch gebaute Kinderherzchirurgiezentrum durch, fragt jemand, du wer ist denn da der Leiter. Dann schaut sich ein jeder dort an. Es gibt keinen Leiter dort, na, warum, weil man nämlich nicht einmal Personal gehabt hat, man hat nicht einmal Schwestern. Jetzt auf einmal ist man draufgekommen, man muss etwas machen. 40 Millionen, das ist ja nicht wenig - für nichts! Ein Mal in der Woche findet dort eine OP statt, Frau Stadträtin. Auf das können Sie stolz sein, das sind Ihre Effizienzsteigerungen, so wie Sie es nennen, oder, Frau Stadträtin, wie kann es passieren, dass die Prognosekosten von 29 Millionen 2008 auf über 60 Millionen 2012 gestiegen sind? Das kann nur ein deutliches Indiz dafür sein, dass, wenn überhaupt, nur sehr mangelhafte Kostenvergleiche stattgefunden haben, wenn überhaupt ein Kostenvergleich in Wien stattfindet. Dafür verantwortlich sind Ihre Partner im AKH, nämlich die VKMB. Das ist der Punkt! Dazu komme ich noch. Das möchte ich noch ganz eindeutig beleuchten, dass sich auch die Herrschaften, die sich nicht jeden Tag damit beschäftigen, über die Geschäftsgebarung und Verträge einmal sehen, was da abgeschlossen worden

ist. Da, Frau Stadträtin, können Sie sich nicht aus der Pflicht herausstellen! Das ist der Punkt!

Diese Geldvernichtungsaktionen prangern wir nicht seit drei oder vier Wochen an, seit Jahren geht das so, Frau Stadträtin! Sie haben es immer abgewälzt und nie eine Antwort darauf gegeben, nichts gesagt! Heute steht eben dieser Misstrauensantrag ins Haus, weil sich das summiert hat. Ich habe Ihnen schon lange gesagt, es wird Sie einmal das AKH überholen *(Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: Rechts oder links?)*, und da wird eben dieser Misstrauensantrag, so wie er heute da steht, im Raum stehen.

Und, Frau Stadträtin, AKH, Ärzte: Es fehlen über 180 Ärzte und 400 Schreibkräfte. Das gehört auch zur gemeinsamen Betriebsführung. Was sagt Ihnen das? Ich weiß, Sie wollen es nicht hören! Sie hören nie zu, Frau Stadträtin! Das ist Ihr Problem! Da tratscht man lieber mit der Frau StRin Frauenberger! Das ist wichtiger, weil ihr euch so wenig seht! Aber darum muss man das jetzt da bei einem Dringlichen Antrag machen. *(GR Erich Valentin: Geht es noch ein bisschen tiefer?)* - Das hat nichts damit zu tun! Das hat damit zu tun, dass es eine Missachtung des Gemeinderates, dieses Hohen Hauses ist, wenn ein Misstrauensantrag gegen eine Stadträtin ins Haus steht, lieber Herr! Das ist genau der Punkt! *(Beifall bei der FPÖ sowie von GR Dr Wolfgang Aigner und GRin Ing Isabella Leeb.)*

Das ist auch Ihre Politik in Wien, nicht zuzuhören, nur drüberzufahren! Das ist Ihre Politik und sonst nichts anderes! Also hören Sie wenigstens zu, wenn es die Frau Stadträtin schon nicht macht! *(GR Kurt Wagner: Sie kann lesen, reden und zuhören! Das solltest Du auch können!)* - Das tut man einfach nicht! Wenn man ein Benehmen hat, hört man zu, auch wenn es unangenehm ist! *(Beifall bei der FPÖ sowie von GR Dr Wolfgang Aigner, GRin Mag Karin Holdhaus und GRin Ing Isabella Leeb.)*

Die Erhaltungskosten kritisiere nicht nur ich, sondern diese kritisiert auch der Rechnungshof. Das muss man sich vorstellen: 547 945 EUR pro Tag sind allein im AKH die Erhaltungskosten, ohne Personal! Das ist genau der Punkt, ohne Personal!

Dazu ist es auch sehr interessant, wenn man sich die technische Betriebsführung im AKH einmal näher anschaut. Da nehme ich Sie dieses Mal in Schutz, Frau Stadträtin, weil 1991 waren Sie auch noch nicht da. 1991 schlossen die Stadt Wien und die KMB, jetzt VKMB, den technischen Betriebsführungsvertrag. Das muss man sich vorstellen! Das ist genau der Punkt! In den Jahren 2000 bis 2004 schloss man dann ergänzende Vereinbarungen. Durch die Zusatzvereinbarung aus dem Jahr 2004 wird eine pauschalierte Vergütung ab dem Jahr 2005 vereinbart. Was bedeutet das? - Dass eine Kontrolle nach Stunden und Stundensätzen nicht mehr möglich ist. Das gibt es dann einfach nicht mehr! Was bedeutet das im Endeffekt? Wir kommen auf Summen, die utopisch sind. Darum überzieht man um das Zwei- bis Dreifache. Es gibt keine Stundensätze mehr!

Aber es geht noch weiter. Das ist nur der Anfang! Eine Veränderung der Betriebsbedingungen, zum Beispiel

zusätzliche Gebäude, ist in dieser Pauschalierung nicht einmal berücksichtigt. Das muss man sich vorstellen! Da ist fast nichts berücksichtigt! Trotzdem schließt man so eine Vereinbarung!

Frau Stadträtin, das ist kein Kabarettprogramm, das sind Tatsachen, die ich Ihnen jetzt sage! Die Vertragspartner konnten Zusatzleistungen in Form einer ZL - Abkürzung, das heißt, Zusatzleistung zur Pauschale -, einer ZOP - das heißt zusätzliche Leistung zur operativen Pauschale - und einer ZZOP, Zusatzleistung zur zusätzlichen Leistung zur operativen Pauschale - geltend machen. Das ist kein Auszug aus einem Kabarettprogramm, das sind Tatsachen in Wien! So arbeitet man im AKH, meine Damen und Herren! Wie man sich vorstellen kann, wurden die Abrechnungen dann natürlich zunehmend komplexer und keiner hat sie mehr durchschaut, weil man sich selbst schon nicht mehr ausgekannt hat. Aber die zwei Firmen haben sich ganz gut ausgekannt, weil sie gewusst haben, was sie damit tun. Da kann man schon einmal nachfragen. Die Frage liegt natürlich hier nahe: Warum wurde das eigentlich so gemacht? Wer hat einen Vorteil daraus gehabt? Normal ist das nicht! Ich kann mir keine Firma in Österreich vorstellen, die solche Verträge schließt.

Jetzt ist noch ein Punkt anzuführen: Grundsätzlich war eine jährliche Kündigung des technischen Betriebsführungsvertrages unter Einhaltung einer dreijährigen Kündigungsfrist für den Fall der Nichterreichung der von der VKMB zugesagten Effizienzsteigerung vereinbart. So weit, so gut. Da darf man nichts sagen. Aber was passiert? Dann haben das AKH und die VKMB im Dezember 2009 ein Qualitätsstandardhandbuch herausgebracht. Darin hat man eine Zusammenarbeit bis 2027 vereinbart. Das ist eine Effizienzsteigerung! Wir haben jeden Tag im AKH Kosten von 547 945 EUR pro Tag, ohne Personal. Und das nennt sich Effizienzsteigerung! Vor allem muss man dazu auch sehen, sie sind bis 2027 nicht mehr kündbar! Die kriegen Sie dort nicht mehr weg! Da sind Sie wahrscheinlich früher weg, Frau Stadträtin, als die VKMB aus dem Vertrag draußen ist! Das ist das Problem in Wien!

Ich weiß nicht, Frau Stadträtin, inwieweit Sie überhaupt darüber Bescheid wissen. Anscheinend wissen Sie gar nichts in Ihrem Bereich, weil Sie so gerne tratschen! *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Es ist wirklich traurig! *(StR DDr Eduard Schock: Traurig, traurig, traurig! Unkenntnis der Regierung! Desinteresse! Unzulänglichkeit! Das ist die Wahrheit!)* - Desinteresse! Wahrscheinlich, denke ich, wird dieser Misstrauensantrag, wenn die Kollegen das hören, doch vielleicht die Aufmerksamkeit erregen, uns zuzustimmen, meine Damen und Herren!

Aber noch zu einigen Punkten: Dass der Rechnungshof natürlich über das Projekt AKIM nichts Positives sagt, brauche ich nicht zu wiederholen, weil ich habe dazu auch schon meinen Teil gesagt. Das hat 2006 mit 36 Millionen EUR begonnen, heute sind wir bei 60 Millionen EUR. Was ist passiert? Es wurden die Leistungen im AKIM-System gekürzt. Jetzt kommt noch etwas dazu, mit dem ihr wieder einmal nicht gerechnet habt. Was haben

Ihnen, Frau Stadträtin, diejenigen, die das EDV-System programmieren, schon vor geraumer Zeit gesagt? - Sie hört nicht zu! - Was ist passiert? Man hat gesagt, dieses System wird auf der alten Hardware einfach nicht mehr laufen. Das hat man ignoriert. Jetzt warten wir schon zwei bis drei Minuten, bis das System überhaupt aktiv wird, damit man da überhaupt etwas bekommt. Wenn das in einen Vollbetrieb gehen sollte, wenn es überhaupt in einen Vollbetrieb geht, dann wird es einfach nicht mehr funktionieren. Warum nicht? - Weil man eine schnellere Hardware braucht. Es ist sozusagen vor über zehn Jahren angeschafft worden, das hat man noch gar nicht einkalkuliert. Das ist wieder einmal eine „never ending story“ im AKH. Da freuen sich natürlich alle, die an diesem System beteiligt sind. Das ist Ihr Management! Darüber kommen Sie nicht hinweg! Das hätten Sie schon längst ändern können, Frau Stadträtin! Das wissen wir nicht seit heute, das wissen wir seit Langem, Sie natürlich auch! Ich hoffe wenigstens, dass Sie das ändern!

Aber, Frau Stadträtin, dort haben Sie mitgewirkt: Es gibt einen sogenannten Medizinischen Masterplan bis 2030. Eines der Ziele des Masterplans soll sein - das steht nicht drinnen, aber eines der Ziele sollte es sein -, abgestimmte und einander ergänzende fachliche Schwerpunkte zu bilden. Damit sollen bestmögliche Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der Versorgungsqualität gesichert werden, die Optimierung der Betriebskosten - das wäre sehr wichtig - und der nachhaltige Einsatz von Investitionsmitteln erreicht werden.

Ich sage Ihnen heute schon, so wie es derzeit im Gesundheitssystem in Wien aussieht, im AKH und auch in anderen Krankenhäusern, das bedeutet nichts anderes als Einsparungen auf den Rücken der Patienten. Dazu gebe ich Ihnen auch einige Vergleiche. Das können Sie nicht abstreiten, weil das habe ich alles schriftlich. Da können Sie weder abstreiten noch Kopf nicken noch wegschauen noch tratschen! Nichts nutzt Ihnen, ich habe es schriftlich, Frau Stadträtin!

Zum Beispiel Rudolfstiftung, HNO: Um Millionen wurde saniert. Und was ist im Masterplan nicht mehr drinnen? Die HNO in der Rudolfstiftung! Jetzt frage ich Sie: Warum investiert man dort viel Geld, das man vielleicht hätte anderswo besser brauchen können? *(Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: Das stimmt nicht!)* Es stimmt! Dann haben Sie den Masterplan nicht gelesen, Frau Stadträtin! *(Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: Sie haben mich nicht verstanden! Das ist das Problem!)* Das dürfte bei Ihnen der Fall sein! Sie haben mich nicht verstanden! Jetzt rege ja nicht ich mich auf, es regt sich jeder dort auf! *(GR Kurt Wagner: Geh', bitte!)* Jeder in der Rudolfstiftung hat Ihnen das schon gesagt! Sie wissen es ganz genau, nur Sie können es halt heute nicht zugeben! Das ist Ihr Problem! Die HNO kommt im Masterplan nicht mehr vor. Wenn, dann zeigen Sie es mir im Masterplan! Ich habe ihn hier. *(Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: Sie haben den Masterplan nicht verstanden! Das ist das Problem!)* Ach so, ich habe ihn nicht verstanden! Ich dürfte wahrscheinlich auch die ganzen E-Mails, die Verträge nicht verstehen! Aber Sie verstehen es natürlich! Darum ha-

ben wir so einen Schwund in allen Krankenhäusern in Wien! (*Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: Sie haben die Frage von Abteilungen und Leistungen nicht verstanden! Die Zukunft der Medizin haben Sie auch nicht verstanden!*) - Ach so! Aber die HNO kommt im Masterplan einfach nicht mehr vor! Punkt, aus! So steht es drinnen! Da können Sie jetzt sagen, man versteht irgendetwas nicht, aber das sind die Tatsachen! Und das nennt man dann nachhaltigen Einsatz von Investitionsmitteln, wenn sie wieder wegkommen!

Kaiserin-Elisabeth-Spital, Schilddrüsenambulanz: Was hat man gemacht? Man hat sie zugesperrt. Es kommt dort keine Schilddrüsenambulanz mehr hinein, auch keine OPs. Dort hat man rund 2 500 OPs im Jahr gemacht. Sie ist dann in die Rudolfstiftung verlegt worden. Im neuen Masterplan kommt sie einfach nicht mehr vor! Wie soll das in Wien funktionieren?

Sie haben heute im AKH in der Schilddrüsenambulanz eine Wartezeit von zumindest sechs Monaten in der Ambulanz, in der Rudolfstiftung von zirka vier Monaten. In der Ambulanz für nur eine Untersuchung! Von einer nuklearmedizinischen Untersuchung, wenn sie dann kommt, will ich gar nicht sprechen. Das ist terminmäßig gar nicht mehr möglich. Seit Langem fordert die Ärztekammer, dass zum Beispiel auch die Krankenkasse diese Untersuchung im niedergelassenen Bereich übernimmt. Frau Stadträtin, das wäre ein Punkt, wo Sie mit der Wiener Gebietskrankenkasse verhandeln und bitten könnten, die Kosten zu übernehmen, weil wir schon Wartezeiten zwischen sechs Monaten und vier Monaten in den KAV-Spitälern haben. Das ist genau der Punkt! Aber das machen Sie nicht!

Wenn man sich die Bevölkerungsstatistik bis 2030 anschaut, ist Wien im Jahr 2012 um rund 25 000 Einwohner gewachsen. Bis 2050 wird Wien über zwei Millionen kommen. Bis 2030, weil dort geht auch der Masterplan hin, wird die Anzahl der hochbetagten Menschen, also über 85 Jahre, um 58 Prozent steigen. Genau das steht auch nicht im Masterplan. Dort wird keine Vorsorge getroffen. Da müsste man Vorsorge treffen, wenn man nämlich heute schon die Prognosen weiß, wenn man sich das anschaut. (*GR Kurt Wagner: Dass die Leute betagt sein werden, weiß man im Vorhinein!*) - Ich weiß! Zwei, drei Jahre vorher schaut ihr es euch an, dann passt es wieder. (*GR Kurt Wagner: Das weiß man im Vorhinein, dass die Leute betagt sein werden!*) Das ist eine Statistik, die nicht von mir ist! (*GR Kurt Wagner: Du weißt, dass das Zukunftsprognosen sind! Das kann sein, muss aber nicht sein! Ob so etwas wirklich eintritt, kann man erst sagen, wenn es so weit ist!*) Sie überholen euch immer. Ihr arbeitet immer nach und dann funktioniert überhaupt nichts! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber wenn ich es weiß, dann kann ich jetzt schon Vorsorge treffen. Oder, zum Beispiel, könnten wir morgen Vorsorge treffen oder hätten wir es gestern schon machen sollen.

Die Unter-20-Jährigen werden bis 2030 auch um 15 Prozent steigen. Wenn man sich da die Versorgung von Kindern und Jugendlichen in der Kinderpsychiatrie anschaut, gibt es das gar nicht. Sie müssen alle in der

Erwachsenenpsychiatrie untergebracht werden. Das ist ein Riesenproblem! Da frage ich Sie schon, ob das der richtige Weg ist, den Sie bis 2030 gehen.

Zum Beispiel sind auch Kinderrehabilitationseinrichtungen Mangelware, wenn überhaupt vorhanden. Wir haben in Wien, Frau Stadträtin, 52 Betten für 6 000 junge Patienten. Die kleinen Patienten weichen dann in der Rehab nach Deutschland aus. Das dürfte Ihre Effizienzsteigerung sein! Das ist alles im Masterplan angeführt! Das muss man sich vorstellen!

Wenn man sich dann das Krankenhaus Nord anschaut, bauen Sie dort ein Schwerpunktspital. Ich sage, Floridsdorf braucht ein neues Krankenhaus. Da gebe ich Ihnen vollkommen recht. Da habe ich auch zugestimmt. Aber Sie haben gesagt, ein Schwerpunktkrankenhaus, Frau Stadträtin! Wenn Sie sich jedoch § 3 Abs 1 Krankenanstaltengesetz anschauen, können Sie herauslesen, was in Wahrheit ein Schwerpunktkrankenhaus ausmacht. Im Krankenhaus Nord fehlt nämlich einiges, damit es ein Schwerpunktkrankenhaus ist, weil das gesetzlich geregelt ist. Es gibt keine Urologie, keine Neurologie, keine Dermatologie, keine Augenheilkunde und Optometrie, keine HNO, keine Hämodialyse, keine Strahlentherapie, keine Nuklearmedizin und keine Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie. (*GR Mag Wolfgang Jung: Hat man wenigstens eine Pathologie dort?*) Das sind aber Schwerpunkte, die in einem Schwerpunktkrankenhaus sein müssten. Ich frage Sie jetzt: Warum haben Sie das als Schwerpunktkrankenhaus benannt? Das kann nie funktionieren! Es gibt eine Ausnahmeregelung, aber nicht für fast die Hälfte der ganzen Institutionen, die darin sein sollten! Da mussten Sie erst einen eigenen Beschluss fassen! Wir haben natürlich nicht mitgestimmt, weil das kann es bitte nicht sein, ein Schwerpunktkrankenhaus, das man extra beschließen muss, obwohl es sowieso gesetzlich geregelt ist! So wird in Wien gearbeitet! Wenn es einem nicht passt, dann beschließt man es halt! Und wenn es die anderen nicht wollen, ist es auch wurscht, weil wir fahren einfach drüber! Das ist Ihre Politik! (*Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: Das ist aber schon eine Rechtsgrundlage, weil sonst könnte man es nicht beschließen!*) Das sind halt Zwischenrufe. Ich weiß, das tut weh, Frau Stadträtin, aber ich kann nichts machen, wenn Sie so in Ihrem Ressort handeln!

Wenn man jetzt noch einmal ins Donauespital, SMZ-Ost, schaut, Strahlentherapien: Jahrelang prangern wir an, es gibt dort nur einen Linearbeschleuniger. Jetzt, Gott sei Dank, kommen zwei Linearbeschleuniger dazu. Ich bin wirklich sehr froh darüber, dass zwei kommen. Aber wenn man sich die Entwicklungen der nächsten Jahre oder Jahrzehnte bis 2030 anschaut, werden die zwei Linearbeschleuniger zwei bleiben, weil der eine, der vorhanden ist, ist schon jetzt überaltert. Also kommt dieser weg. Man hat bei dieser Bevölkerungsentwicklung dort somit wieder nur zwei. Das Krankenhaus Nord hat keinen. Wenn man sich ansieht, was Wien auch im Umfeld von Niederösterreich versorgt, dann brauche ich Ihnen nicht zu sagen, dass Sie dort in den nächsten Jahren keinen Termin kriegen werden. Das ist das Problem! Sie wissen, was es heißt, wenn jemand Krebs hat

und nicht sofort in der Strahlentherapie behandelt wird, wenn dort Wartezeiten von Wochen oder vielleicht sogar Monaten auftreten werden! Genau das ist der Punkt, Frau Stadträtin! Dafür sind Sie verantwortlich, weil man hätte mit Sicherheit, wenn man einen Neubau macht, in das Krankenhaus Nord mindestens zwei Linearbeschleuniger einplanen können! Das wäre es gewesen!

Weitere Kritikpunkte gibt es zum Beispiel im niedergelassenen Bereich, Frau Stadträtin. Es fehlen in Wien zirka 300 niedergelassene Ärzte. Ich weiß, das fällt nicht unter Ihre Kompetenz. Aber Sie haben angekündigt, mit der Wiener Gebietskrankenkasse gemeinsam zu verhandeln, dass es zu welchen kommt. Ich bitte Sie wenigstens. - Sehen Sie, jetzt hören Sie mir zu, weil es nicht in Ihren Bereich fällt! (*Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: Ich höre Ihnen die ganze Zeit ganz andächtig zu! Aber ich finde es ein bisschen langweilig!*) - Da wäre nämlich ein Handlungsbedarf gegeben. Da kann ich Sie nur bitten, bitte verhandeln Sie rasch, weil wir haben in Wien fast keine niedergelassenen Ärzte mehr. Wenn Sie sich die Wartezimmer anschauen, sind diese heute schon heillos überfüllt. Das ist auch der Punkt!

Eine Frage, Frau Stadträtin, habe ich vor zwei oder drei Monaten angesprochen, Wilhelminenspital, prä-nataldiagnostisches Screening: Dort ist einer in Pension gegangen. Wurde das schon nachbesetzt? Das war auch nicht so einfach. Wenn jemand pensioniert wird, weiß man ja erst zwei Stunden vorher, dass er in Pension geht! Dort hat man bis heute niemanden nachbesetzt! Wird es jetzt bald jemanden geben, der dieses Gerät bedienen kann? Oder wird es in Zukunft weiter niemanden geben? Das wäre eine zusätzliche Frage an Sie gewesen.

Oder AKH, Psychiatrie: Es geht eines ins andere. Kürzungen, dort im AKH gibt es bald gar nichts mehr. Nach 14 Uhr gibt es für Patienten keine psychiatrische Behandlung mehr. Aus welchem Grund, kann ich Ihnen kurz aus einer E-Mail vorlesen: „Sehr geehrte Kollegen! Leider zwingen uns die Einsparungsmaßnahmen der MedUni Wien, das Journaldienststrahl der psychiatrisch-psychotherapeutischen Konsulardienste ab 1.1.2014 zu streichen.“ - Das sind Ihre Effizienzsteigerungen im Masterplan, Frau Stadträtin!

Ich sage Ihnen abschließend, Frau Stadträtin, hier haben Sie Ihre Hausaufgaben nicht gemacht! Vor allem im AKH werden Sie bald eine Bad Bank einführen müssen, weil sonst werden Sie es nicht mehr handeln können. (*Beifall bei der FPÖ sowie von GR Dr Wolfgang Aigner und GRin Ing Isabella Leeb.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Korosec.

GRin Ingrid **Korosec** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie!

Die Sondersitzung, die heute stattfindet, ist durchaus gerechtfertigt, denn das AKH, und ich beziehe mich auf das AKH, weil auch der Misstrauensantrag in erster Linie das AKH betrifft, liegt auf der Intensivstation und es ist höchste Zeit, Frau Stadträtin, dass hier tatsächlich Maß-

nahmen gesetzt werden! (*Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Denn es ist so, ein Skandal jagt den anderen. Darunter, meine Damen und Herren, leidet leider der Ruf dieses Hauses enorm, eines Hauses, das medizinisch brillant ist, auf das wir vom medizinischen Standpunkt aus stolz sein können, wo es medizinische Spitzenleistungen gibt. Aber auf Grund der Tatsache, dass das AKH so lange unter sozialistischer Führung und jetzt unter der rot-grünen Fraktion zu Tode verwaltet wird, und ich rede in erster Linie von der Verwaltung, ist der Ruf mehr als ramponiert.

Aber schauen wir zurück: Herr Kollege Gudenus hat erwähnt, dass sich seinerzeit der Bau des AKH um das Dreifache verteuert hat. Das wäre noch zu akzeptieren gewesen. Ich habe das seinerzeit miterlebt. Grundsätzlich waren im AKH 43,6 Millionen EUR geplant. Gekostet hat das AKH dann 3,1 Milliarden EUR. Von der ursprünglichen Planung bis zur Realisierung, was 40 Jahre gedauert hat, hat sich das um das 70-Fache erhöht! Das ist die Planung in Wien! Natürlich, das ist auch bekannt, was das mit dem größten Bauskandal des Landes verbunden. Wer hat es bezahlt? Darum geht es immer. Natürlich die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt!

Aber lassen wir die Vergangenheit, schauen wir uns die Gegenwart an: Das AKH ist nach wie vor eine Geldvernichtungsmaschine. Beide Herren der FPÖ haben das auch angeführt. Seit dem letzten Jahrtausend, und das ist das, was ich so ankreide, gelingt es nicht, eine gemeinsame Betriebsführung zwischen Bund und Wien zu erreichen. Da hat es unzählige Arbeitsstunden gegeben, verschiedene Modelle wurden ausgearbeitet. Laut Kontrollamtsbericht sind 2 Millionen EUR für Rechtsgutachten ausgegeben worden. Erledigt ist nichts! Mit einem Wort, viel Lärm um nichts, obwohl der Herr Bürgermeister am 5.7.2007 in einer Landtagssitzung sagte - ich zitiere wörtlich: „Jeder weiß, dass ich seit langer Zeit ein Verfechter dieser gemeinsamen Gesellschaftsgründung des Bundes und der Stadt Wien bin. Ich hätte diese gemeinsame Betriebsgesellschaft lieber gestern als morgen.“ Da kann man nur den Herrn Bürgermeister fragen: Herr Bürgermeister, wo ist Ihre Lösungskompetenz? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren, wie soll unter diesen Rahmenbedingungen wirtschaftlich, effizient, effektiv und innovativ gearbeitet werden? Wir wissen, dass die medizinische Betreuung im AKH um 60 Prozent höhere Kosten verursacht als die Uni-Kliniken Graz oder Innsbruck. Jetzt muss man fragen: Wie werden Sie, Frau Stadträtin, aber auch der Herr Bürgermeister, den Steuerzahlern erklären, dass das Geld nicht tatsächlich beim Fenster hinausgeworfen wird? Einerseits medizinische Universität, deren Aufgabe natürliche Lehre und Spitzenforschung ist, andererseits AKH, das als Gemeinschaftsspital für die breite medizinische Versorgung der Bevölkerung zuständig ist, und wo Sie, Frau Stadträtin, und das können Sie nicht wegstecken und wegdiskutieren, die alleinige Verantwortung haben! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das führt natürlich zu skurrilen Situationen. Ich habe das schon einmal erwähnt: Der ärztliche Leiter, Herr Dr

Krepler, hat nur einen Mediziner unter sich, und das ist der Betriebsarzt. Aber gleichzeitig kann Herr Dr Krepler keine Auskunft geben, wie viele Ärzte im Spital beschäftigt werden und wie die Spitalspläne grundsätzlich aussehen. Das bedeutet, die rechte Hand weiß nicht, was die linke tut. Genau das führt zu gefährlichen Situationen, wie dies auch im letzten „profil“ geschildert wurde. Ich zitiere hier ganz kurz das „profil“: „Im AKH, Österreichs größtem Spital, einer Klinik von Weltrang, war es nicht möglich, einen einzigen Mediziner aufzutreiben, der die Notoperation hätte durchführen können.“ - So etwas darf, und das sage ich ohne jegliche Polemik oder Zuspitzung, in einem Spital wie dem AKH einfach nicht passieren, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dieses Beispiel zeigt sehr deutlich, dass die fehlende Struktur Betriebsgesellschaft ein ganz großer Schaden für die Weiterentwicklung des Gesundheitssystems ist und natürlich in erster Linie zu Lasten der Patientinnen und Patienten geht, aber auch zu Lasten der Ärzte, zu Lasten des gesamten Personals.

Jetzt einige Beispiele in aller Kürze, der Rechnungshof hat ja genug Zündstoff geliefert:

Sanierung AKH-Tiefgarage: wurde schon erwähnt, verzehnfacht. Der Rechnungshof sagt, bei der Sanierung herrschte Chaos, renovierte Abschnitte wurden etwa bei weiteren Arbeiten erneut beschädigt et cetera.

Zubau Kinderoperationszentrum ist auch schon diskutiert worden, auch verdoppelt: Da muss ich Ihnen schon sagen, Frau Stadträtin, es hat mich schon mehr als verwundert, Sie wurden von den Medien gefragt und haben gesagt: „Da hat man offenbar nach dem Motto gearbeitet, Geld spielt keine Rolle.“ Jetzt muss ich Sie fragen, Frau Stadträtin, denn das haben Sie gesagt: Wer ist politisch verantwortlich? - Sie sind Stadträtin für Gesundheit. Die einzige Aussage, die Sie dann zu dem Rechnungshofbericht machen: „Da hat man offenbar nach dem Motto gearbeitet, Geld spielt keine Rolle.“ - Das sagt die politische Verantwortliche! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Rechnungshofkritik auch zur Planung und zur VAMED ist mehr als massiv. Ein paar Punkte möchte ich da herausgreifen:

Es ist unglaublich, dass Richard Neidinger, der bis 2013 der Finanzdirektor der Stadt Wien war, gleichzeitig im Aufsichtsrat der VAMED war! Was bedeutet das? Das bedeutet, er war sowohl auf der Auftraggeber- als auch auf der Auftragnehmerseite. Ist das ein klarer Interessenkonflikt? Aber in der rot-grünen Stadtregierung ist das alles möglich! Frau Stadträtin, auf Journalistenfrage zur Causa Neidinger wollten Sie nichts sagen.

Ansonsten meinten Sie, es laufen bereits seit zwei Jahren Reformen, notwendige Änderungen wurden erkannt. Das sehe ich als positiv. Das merkt man auch in Bereichen bei Ihnen, dass Sie es schon erkannt haben und dass Sie versuchen, jetzt Veränderungen vorzunehmen. Aber eines muss man schon fragen: Warum erkennen Gesundheitsstadträte von Wien Fehler immer so spät? StR Dr Rieder, StRin Dr Pittermann und StRin Mag Brauner waren alle für Gesundheitspolitik zuständig.

Wo sind die Reformen geblieben, die Sie jetzt versuchen einzuleiten? Da sind in der Zwischenzeit 15, 16, 17 Jahre ins Land gezogen, wo man viele Veränderungen hätte durchführen können.

Wir als Oppositionspartei, aber überhaupt die Oppositionsparteien haben seit vielen Jahren Kritik geübt, die Wiener ÖVP durchaus konstruktive Kritik. Ich kann Ihnen weiß Gott wie viele Debattenbeiträge bringen. Wir haben die gravierenden Fehler in den KAV-Spitalern und im AKH aufgezeigt. Immer wurde gemauert, immer wurde schöngeredet nach dem Motto: „Die böse Opposition hat wieder etwas zu meckern!“ Aber jetzt zeigt es der Rechnungshof auf. AKH-Führung und VAMED - es wurde auch von Herrn Kollegen Lasar gesagt -, für die technische Betriebsführung seit 1991 zuständig, schalten und walten, wie sie wollen. Es kommt noch besser, 2008 haben Sie mit der VAMED eine Vereinbarung getroffen, dass sie am 15. Jänner das Jahresbudget für die Betriebsführung überweisen! (*Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: Ist schon geändert!*) Abgesehen vom Zinsverlust käme kein privater Hausbauer auf die Idee, einem Baumeister, Architekten sofort die komplette Summe auszu zahlen und sich dann zu wundern, dass man bei Terminen und so weiter keinerlei Druckmittel mehr in der Hand hat! (*Beifall bei der ÖVP.*) Sie tun das! Es geht immerhin um das Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger!

Was auch schon erwähnt wurde, eine Vereinbarung bis 2027 zu treffen - Herr Kollege Lasar hat das gebracht -, ist einfach nicht zu glauben! Ich hoffe, Frau Stadträtin, dass dieser wirtschaftspolitische Irrsinn bereits geändert wurde oder auf jeden Fall geändert wird! (*Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: Ist schon geändert!*) - Ich habe das angenommen, weil das kann ich mir wirklich nicht vorstellen. Zwar haben nicht Sie das gemacht, aber es ist von Gesundheitsstadträten von Wien durchgeführt worden.

EDV-System AKIM: Auch das wurde bereits gesagt, obwohl es letztendlich doppelt so viel kostet, ist es jetzt eine Billigvariante. Es ist schon interessant, dass der Betriebsratsvorsitzende, Herr Perkmann, in einem Gespräch mit den „Salzburger Nachrichten“ gesagt hat - ich zitiere wörtlich: „Man kauft einen Ferrari und hat das Gefühl, man geht zu Fuß.“ - Kommentar überflüssig! Frau Stadträtin, Sie wissen, das ist an sich die Spitze des Eisbergs, ein kleiner Ausschnitt, was alles am System AKH krank ist.

Die Oppositionsparteien haben seit vielen Jahren nachgefragt. Wir haben Sonderausschüsse verlangt. Wir haben Sondergemeinderatssitzungen verlangt, Kontrollamtsprüfungen eingeleitet, mündliche, schriftliche Anträge eingebracht. Wir haben alle parlamentarischen Mittel genützt. Wir haben auch zwei Untersuchungsausschüsse durchgeführt. Aber mit der Arroganz der Macht der Regierungsparteien, früher Sozialdemokraten allein, jetzt als rot-grüne Fraktion, wurde immer alles schöngeredet, gemauert, alles war paletti.

Meine sehr geehrten Damen und Herren der Grünen Fraktion, die überhaupt nicht zuhört, weil es offenbar so viel zu plaudern gibt, die Kritikfähigkeit haben Sie mit Eintritt in die Regierungskoalition bei der Garderobe

abgegeben! *(Beifall bei der ÖVP und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Das ist evident und verwundert gar nicht mehr. Ich sage Ihnen aber, ich bin persönlich wirklich enttäuscht, denn im Gesundheits- und Sozialausschuss haben wir mit der Grünen Fraktion, als Sie nicht in der Regierung waren, durchaus in vielen Bereichen gut zusammengearbeitet. In vielem waren wir auch anderer Meinung, aber ich habe immer Ihr Engagement, Ihren Einsatz für die Sache geschätzt, in erster Linie Herr Kollege Margulies, weil Frau Dr Pilsz ist nicht mehr da, und Frau Jerusalem. Sie waren durchaus engagiert und waren effizient. Man hat immer den Eindruck gehabt, es geht Ihnen um die Sache. Leider haben Sie das Engagement für die Sache und damit die Interessen der Bürgerinnen und Bürger gegen die Regierungsbeteiligung abgegeben! Ich vermisse bei Ihnen den aufrechten Gang! *(Beifall bei der ÖVP und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Der Herr Bürgermeister hat jetzt eine Sonderprüfung für das AKH angekündigt. Er hat in einem „Kronen Zeitung“-Artikel gesagt, der Rechnungshof liegt richtig, natürlich kann das nicht so weitergehen. Er hat angeführt, von einem Team von Topexperten den riesigen Technik- und Baubereich des AKH durchleuchten zu lassen und dann konkret nach Einsparungsmöglichkeiten bei den Betriebskosten sowie bei den Sanierungsprojekten zu fahnden. - Ja, das ist zu tun, aber es ist auch rasch zu tun! Daher, meine Damen und Herren, Frau Stadträtin, erwarten wir rasche Lösungen, denn es ist nicht einzusehen, dass im AKH bei den großartigen medizinischen Leistungen unserer Mediziner und den ausgezeichneten Leistungen der Pflegekräfte ständig und auf ihre Kosten gespart wird, während in der Verwaltung das Geld wirklich beim Fenster hinausgeworfen wird! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein Misstrauensantrag steht im Raum. Wir haben uns das sehr lange überlegt. Ich muss Ihnen sagen, Sie kennen mich auch sehr lange und Sie wissen, dass die gesamte Wiener ÖVP eine Oppositionspolitik macht, aber wir immer eine konstruktive Oppositionspolitik machen wollen. Uns geht es darum, für die Bürgerinnen und Bürger das Beste zu erreichen. Es liegt daher an Ihnen, Frau Stadträtin! Wenn Sie unsere Unterstützung wollen, dann müssen Sie jetzt und hier ein deutliches Bekenntnis zur Umsetzung einer gemeinsamen Betriebsführung abgeben, weil das ist das Grundübel! *(Beifall bei der ÖVP.)* Wir bringen daher einen Beschluss- und Resolutionsantrag ein, Korosec, Dworak, Anger-Koch, Flicker, betreffend gemeinsame Betriebsführung für das AKH Wien:

„Seit Jahren wird zwischen Bund und Stadt Wien über die Errichtung einer Betriebsgesellschaft für das AKH nachgedacht. So ist unter anderem bereits im Jahr 2000 von einer Vereinbarung zwischen Bund und Stadt gesprochen worden. Bis 2004 sollte nach damaligem Plan die neue Organisationsform unter Dach und Fach sein. Seither gab es immer wieder Vorstöße, zuletzt in Form einer gemeinsamen Absichtserklärung zwischen der Stadt Wien und der MedUni Wien vom 28. August 2013. Die gefertigten GemeinderätInnen stellen daher

gemäß § 27 Abs 4 der Geschäftsordnung folgenden Beschlussantrag:

Die amtsführende Stadträtin für Gesundheit und Soziales wird ersucht, entsprechend der oben genannten Absichtserklärung vom 26.8.2013 bis Ende 2014 in Zusammenarbeit mit der MedUni Wien und in Gesprächen mit den zuständigen Stellen des Bundes endgültig und tatsächlich ein eigenes Betriebsführungsmodell beziehungsweise eine eigene Betriebsführungsgesellschaft für das AKH Wien zu schaffen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Uns ist durchaus klar, dass die Betriebsgesellschaft nicht die alleinige Lösung aller vorhandenen Probleme sein kann. Aber es ist ein äußerst wichtiger Schritt und die Voraussetzung für eine positive Weiterentwicklung.

Uns ist auch bewusst, dass die Umsetzung sicher ein Kraftakt sein wird. Jedoch erwarten wir für die Wienerinnen und Wiener von Ihnen, Frau Stadträtin, ebendiese verbindliche Zusage: was seit Jahren gefordert wird und was auch bereits vom Herrn Bürgermeister versprochen wurde!

In diesem Sinne hoffe ich auf Ihre Zustimmung, Frau Stadträtin, im Interesse der Wienerinnen und Wiener. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Dr Kickert. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Dr Jennifer **Kickert** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren, auch jene auf der Zuschauergalerie!

Das Thema AKH ist tatsächlich eine „never ending story“. Ich glaube, das bleibt heute mein einziger sachdienlicher Hinweis auf die Rede von StR Lasar. Alle anderen werden wohl eher in Richtung tatsächlicher Berichtigungen gehen. Denn obwohl ich mir die Mühe gemacht habe, im Sinne des guten Benehmens zuzuhören, muss ich zugeben, dass es unangenehm war - unangenehm nicht wegen der Wahrheiten, sondern unangenehm, weil er zumindest Äpfel und Birnen und Zwetschken und alles Mögliche verwechselt hat.

Die Wahrheiten liegen auf dem Tisch. Die Wahrheiten sind nicht nur durch den noch nicht veröffentlichten, sondern auch durch viele andere Rechnungshofberichte dargelegt - und ja, sie sind unangenehm. So weit, sehr geehrte Frau Kollegin Korosec, zum aufrechten Gang und zur Tatsache, dass ich und wir auch in der Regierungsfunktion nicht alles schönreden, selbstverständlich nicht schönreden können. Wie soll man das dann auch tun, wenn offensichtliche Fehler auf dem Tisch liegen?

Sie liegen aber nicht erst seit Kurzem auf dem Tisch. Ich sage zum System AKH, dass wir da einen Betrieb haben, eine Krankenanstalt, die zweifellos medizinische Exzellenz trägt, die zweifellos ausgezeichnete Gesundheitsversorgung bietet, aber in ihrer Konstruktion erhebliche organisationale Mängel schon von Anfang an hat, allein die Zersplitterung der Kompetenzbereiche auf der einen Seite und auch den ebenso komplizierten Aufbau der Finanzierungsleistungen durch mindestens vier ver-

schiedene Finanzierungssysteme.

Das heißt, sehr geehrte Frau Korosec, ich kann Ihren Vorwurf der Arroganz der Macht nicht teilen, weil im Bund zumindest die Hälfte der Verantwortung für dieses Spital liegt und die Ministerien des Bundes, die für die Betriebsführung, die Finanzierung und die Organisation des AKH zuständig sind, seit mindestens ebenso langer Zeit in der Hand der ÖVP sind.

Daher würde ich mir auch von Ihnen wünschen - bei allem Vorwurf der Arroganz der Macht -, stellen Sie sich bitte genauso wie ich hierher und sagen Sie, ja, das ist eine gemeinsame Verantwortung, eine gemeinsame Verantwortung, die der Bund genauso zu tragen hat wie die Stadt Wien! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*) Und das übrigens, nebenbei gesagt, zum Wohle der Menschen, zum Wohle der Patientinnen und Patienten und natürlich auch in Verantwortung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Ganz am Ende Ihrer Ausführungen, Frau Korosec, haben Sie die gemeinsame Betriebsführung angesprochen. Sie haben angesprochen, dass es seit Mitte letzten Jahres eine Absichtserklärung gibt, diese einzuführen.

Kurzer Seitenhinweis auf den Kollegen Lasar: Wenn Sie fordern, statt einer neuen, möglicherweise besseren Konstruktion möge man doch zuerst die alte erfüllen, die seit 2005 vorliegt, dann sage ich, irgendwann muss man aus offensichtlich begangenen Fehlern auch lernen und feststellen: Wenn eine Vereinbarung aus dem Jahr 2005 nicht die gewünschten Erfolge bringt, dann hat es keinen Sinn, diese zu erfüllen, sondern man muss die Fehler bereinigen und eine neue Konstruktion, einen neuen Vertrag, eine neue Vereinbarung aufsetzen. Das ist passiert. (*StR David Lasar: Wenn es was bringt!*)

Das ist passiert, und ja, nach einer Absichtserklärung braucht es selbstverständlich auch die nächsten Schritte zur Umsetzung. Aber da können wir uns ja auf Sie verlassen. Sie werden in Ihrer berühmten und bewährten Art die Kontrolle und die Effizienz dieser Maßnahmen ganz sicherlich überprüfen.

Lassen Sie mich aber, weil wir ja mit der Rede von Frau Korosec auf eine sehr sachliche Ebene übergegangen sind, die Problemlagen des Spitalsbetriebs AKH aufzeigen. Wir haben unterschiedlichste Rechtsgrundlagen, unterschiedlichste Verträge, die die Leistungen des AKH, die Finanzierung, die Personalbereitstellung und die Entscheidungsgremien betreffen.

Immer schon - und das kritisieren wir auch immer schon - sind genau diese Vereinbarungen und Rechtsgrundlagen nicht wirklich aufeinander abgestimmt und verhindern daher im Großen und Ganzen eine gute, kollegiale, teamorientierte Zusammenarbeit. Dies fördert leider ein, sagen wir, Zuschieben des Schwarzen Peters zwischen allen EntscheidungsträgerInnen und auch zwischen den Finanzierungsträgern.

Eine Lösung ist diese gemeinsame Betriebsführung, die kommen soll. Ich darf im Gegensatz zu meinen VorrednerInnen darauf hinweisen, dass ich nicht nur hoffe, dass das jetzt funktionieren wird, sondern mir dessen ziemlich sicher bin. Gleichzeitig möchte ich darauf hinweisen, dass eine rasche Lösung möglicherweise ein

Anspruch ist, der sich nicht so schnell erfüllen lässt. Denn wie Sie alle wissen, sind Betriebsabläufe, Kulturen, Organisationen an sich träge, und ein so großer Betrieb, wie es das AKH ist, ist selbstverständlich noch träger als eine kleine Firma.

Das heißt: Ja, die ersten Schritte müssen sofort gesetzt werden, und ich bin überzeugt davon, dass wir die Erfolge bald sehen werden. Aber wenn Sie mit raschen Lösungen implizieren, dass wir in zwei Jahren bereits wesentliche Effekte erzielen können, bezweifle ich das. Also, steuern wir die Erwartungen bitte auch nach den Möglichkeiten, die gegeben sind.

Wir wissen, dass neben der medizinischen Exzellenz des Allgemeinen Krankenhauses das AKH auch nicht nur zu den größten, wie gesagt, zu den besten, sondern aus vielen, vielen Gründen auch zu den teuersten Spitälern in Europa gehört, und zwar auf Grund vieler, vieler vorher schon beschriebener Kompetenzüberschneidungen und unterschiedlicher Leistungserfassungen.

Diese Kosten werden zum Beispiel auch im letzten Rechnungshofbericht ziemlich genau aufgeschlüsselt, und es werden auch, sehr umsetzbare Schlussfolgerungen für Lösungen dieser Problematik vorgeschlagen. Wenn wir davon ausgehen, dass im Sinne einer effizienten, wirtschaftlich sinnvollen Patientenversorgung Änderungen einzuführen sind, dann braucht es zusätzlich zu dieser gemeinsamen Betriebsführung logischerweise den Willen aller handelnden Personen, aller handelnden politischen und im Betrieb arbeitenden Personen, diese Vorschläge auch tatsächlich umzusetzen.

Daher gibt es neben dem Willen einer gemeinsamen Betriebsführung ja auch das Projekt Universitätsmedizin 2020, das eine Sicherstellung der Finanzierung des AKH aus den Budgetmitteln der Stadt Wien und des Bundes bewirken soll, logischerweise auch eine Verbesserung der Vernetzung in der Krankenhausversorgung und der Forschung und Lehre - übrigens auch ein Exzellenzbeereich des AKH. Das ist, wie gesagt, der dritte Teil dieses Projektes Universitätsmedizin, die heute schon mehrfach angesprochene gemeinsame Betriebsführung.

Auf einen Teil der Rede des FPÖ-Stadtrates Lasar möchte ich noch hinweisen, weil er mehr oder weniger elaboriert ausgeführt hat, was alles im sogenannten Medizinischen Masterplan nicht angeführt wäre. Ich habe Ihnen zugehört, wie Sie mitkriegen. Das Problem ist nur: Der Medizinische Masterplan ist ein Teilprojekt dieser Universitätsmedizin und bezieht sich aufs AKH. Und das, was Sie alles aufgezählt haben, was im Medizinischen Masterplan nicht aufgeführt worden wäre, findet sich meiner Meinung nach im Spitalskonzept 2030 und ist dort zu finden. (*StR David Lasar: Ich gebe es Ihnen dann!*) Geben Sie es mir dann, aber nichtsdestoweniger: Lesen Sie das Spitalskonzept 2030! Dort werden Sie all das finden, was Sie im Teilprojekt der Universitätsmedizin 2020 nicht gefunden haben. (*StR David Lasar: Nachher gebe ich es Ihnen, ich habe es hier!*)

Alles in allem möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass neben den Kostensteigerungen, neben den tatsächlich nicht erklärbaren Managementfehlern in Sanierungsprojekten und in Neubauprojekten ein hohes

Potenzial an Verbesserungen da liegt in der Mittelaufbringung, in der Personaleinteilung, in der Frage der Nutzung der Infrastruktur. Wären Sie bereit, all diese Möglichkeiten in einer konstruktiven Art und Weise zu unterstützen? Ich bin überzeugt davon, die Stadtregierung würde diese Unterstützung nicht von der Hand weisen.

Bisher haben Sie diese Bereitschaft nicht bewiesen. Daher kann ich mich Ihrer sagenhaften Übertreibung und der Kritik nur so weit anschließen, dass ich sage, was im Rechnungshofbericht feststeht, das nehmen wir zur Kenntnis und werden wir, so gut wir es können, in Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen des Bundes und der Sozialversicherung bestmöglich zu lösen versuchen. - Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Für eine tatsächliche Berichtigung hat sich Kollege Lasar zum Wort gemeldet. - Bitte.

StR David **Lasar**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Kickert!

Ich möchte Folgendes nur kurz berichtigen. Sie haben gesagt, dass wir eingebunden sind. Wir waren noch nie eingebunden! Und wir waren noch nie eingeladen, dass wir einen Masterplan oder im Gesundheitsprogramm etwaige Sachen mitbestimmen können. Man hat uns nie gefragt. Es ist immer nur gesagt worden, hier werden alle Oppositionsparteien eingebunden, aber es ist nie passiert.

Das wollte ich nur berichtigen. - Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist GR Dr Aigner. Ich erteile es ihm.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Wenn man Frau Kollegin Kickert zugehört hat, dann kommen einem mehrere Gedanken gleichzeitig in den Kopf. Es ist schon nett, wenn man 20 Jahre nach Inbetriebnahme des AKH draufkommt, dass es nicht schlecht gewesen wäre, sich über die Betriebsführung dieses riesigen, auch optisch und architektonisch riesigen Krankenhauses Gedanken zu machen. Ich finde, der Bau hat lang genug gedauert - es ist ja auch nicht im Zeitplan fertiggebaut worden -, eigentlich hätte man das parallel entwickeln müssen.

Dass es vielleicht nicht immer ganz einfach ist, wenn mehrere Gebietskörperschaften gemeinsam Verantwortung tragen, ist auch keine überraschende Einsicht. Wenn man jetzt noch in Aussicht stellt, es bedarf weiterer, jahrelanger Überlegungen, das Ganze effizienter zu gestalten, dann zeigt das, glaube ich, auch das Grundproblem unseres Föderalismus: Es geht nicht um die Lösungsorientierung. Es geht darum, dass Gebietskörperschaften, Sozialversicherungsträger einander gegenseitig die Verantwortung, die Finanzierungs- und die Organisationsverantwortung, zuschanzen. Das ist aus Sicht des Bürgers und der Patienten eigentlich eine äußerst unbefriedigende Situation.

Das AKH ist tatsächlich das Flaggschiff der österreichischen Medizin, einerseits mit einem wissenschaftli-

chen Anspruch und andererseits mit einem Versorgungsauftrag. Daher ist es die Pflicht aller Verantwortlichen, sehr behutsam mit dieser Einrichtung umzugehen. Diese Behutsamkeit vermisse ich, sowohl was den Bund anlangt, als auch was die Stadt Wien anlangt.

Es kann einfach nicht sein, dass hunderte Arztstellen nicht besetzt werden, dass in einem Krankenhaus wie dem AKH die halbe Zeit Spezialisten wenn, dann nur telefonisch zur Verfügung stehen, während man gleichzeitig Linz und dem Bundesland Oberösterreich eine neue Medizin-Uni spendiert. Man ist also nicht in der Lage, das bestehende System ordentlich zu führen, man ist nicht in der Lage, das bestehende System zu finanzieren, und gleichzeitig geht man her und stampft etwas Neues aus dem Boden - und das in einer Stadt Linz, über der der Pleitegeier mit dem SWAP-Geschäft kreist, wo jetzt schon zwischen Linz und Oberösterreich die Brösel bestehen, wer das Ganze zahlt.

Der Bund macht das, was er immer macht: Am Anfang gibt es eine kleine Anschubfinanzierung, und dann bleiben die Kosten irgendwo im luftleeren Raum hängen. Das ist eigentlich ein Zustand, der äußerst unbefriedigend ist. Und das kann mir niemand einreden, dass man eine zusätzliche Uni-Klinik, eine zusätzliche Medizinfakultät in Zeiten eingefrorener Budgets finanzieren kann, ohne dass das zu Lasten der bestehenden Einrichtungen geht. *(Demonstrativer Beifall von Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely.)*

Ich frage mich, Frau Stadträtin, warum ... *(Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: Ich höre Ihnen zu!)* Ja, das ist schön, dafür bedanke ich mich auch. Aber ich meine - und das ist, glaube ich, gestern im Wissenschaftsausschuss beschlossen worden -, da wünscht sich ein Landeshauptmann etwas, der Bürgermeister sagt schon, ja, schön, zahlen tun wir nichts. Der Bund sagt, am Anfang kostet es nichts. Das ist, glaube ich, keine gute Politik, und da sind auch alle gefordert, die entsprechend mitgestimmt haben. Das muss ja nicht sein, noch dazu, wenn der Landeshauptmann sich angeblich ohnehin bald in die Pension verabschiedet. Das kann es ja wohl nicht sein.

Meine Damen und Herren! Im AKH und in anderen Spitälern geht es auch um menschliches Know-how. Da geht es um Menschen, um Kapazitäten, die dort ein ordentliches Arbeitsumfeld brauchen. Ich warne davor, dass man Spitäler herunterfährt in Zeiten des Spardrucks und dann glaubt, dass man auf Knopfdruck das Heruntergefahrenere wieder reaktivieren kann. Meine Damen und Herren, Professoren, Dozenten, Assistenzärzte, die weg sind, kommen nicht mehr wieder! Die sind weg. Und die gehen vielleicht gar nicht mehr in ein AKH, die gehen dann auch vielleicht nicht mehr in eine Rudolfstiftung, wenn man jetzt schon weiß, dass dieses Krankenhaus heruntergefahren wird.

Die Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen und ärztlichen Personals sind ganz wesentlich auch davon abhängig, wie es mit dem Pflege- und dem Verwaltungspersonal aussieht. Wenn man hört, dass 300 bis 400 Verwaltungsstellen nicht besetzt werden, dass Ärzte schon MR-Termine ausmachen müssen, koordinieren müssen, weil es einfach das Verwaltungspersonal nicht

gibt, dass Ärzte länger als unbedingt notwendig vor dem Computer sitzen müssen, weil einfach das System nicht hochfährt, dann sind das Arbeitsbedingungen, wo sich ein talentierter, aufstrebender Arzt, der viele Möglichkeiten im angrenzenden Ausland hat - in Deutschland, in der Schweiz, wo bessere Bedingungen herrschen -, sich denken wird, na, dann gehe ich eben dorthin, kassiere das, was ich in Euro bekomme, in Schweizer Franken und habe bessere Arbeitsbedingungen!

Das sind Probleme, die uns in einigen Jahren noch ganz massiv auf den Kopf fallen werden. Daher ist es wichtig, dass das AKH das Verwaltungs- und auch das Pflegepersonal bekommt, dass sich die Ärzte auf das konzentrieren, wofür sie da sind. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich hoffe, dass es nicht so ist, wie Gerüchte sagen: Dass das AKH-Verwaltungspersonal und -Pflegepersonal schon angespart wird für das neu zu bauende oder neu gebaute Krankenhaus Nord. Das kann es ja wohl nicht sein, dass im AKH eingespart wird für ein neues Spital - das man dort baut, wo man natürlich auch ein Spital braucht -, weil man einfach die Posten nicht zur Verfügung stellen kann. Das wäre etwas Schlimmes.

Wenn wir schon beim Computersystem im AKH sind, dann kann man sich auch überlegen, welche Probleme mit der ELGA auf uns alle zukommen. Da freuen sich alle auf die ELGA, es wird wieder ein Datenfriedhof geschaffen. Es gibt ohnehin schon so viele Datenfriedhöfe. Der Arzt wird noch weniger Zeit haben, beim Patienten zu sein, sondern wird die ganze Zeit vorm Computer sitzen müssen, sich irgendwelche Dinge anschauen, denn wenn er das nicht macht, dann kommt er sofort in eine Haftung hinein. Also auch da sollte man einmal die Praxistauglichkeit dieser ganzen digitalisierten Informationen, dieser Datenfriedhöfe, einer kritischen Bewertung unterziehen.

Im Weiteren: Das Gesundheitssystem besteht ja aus vielen kommunizierenden Bereichen. Wenn man sagt, dass die Spitalsaufenthalte die teuersten Aufenthalte sind - das ist ja so - und dass man nur dann ins Spital gehen soll, wenn es wirklich nicht anders geht, dann muss man natürlich auch Sorge tragen, dass der niedergelassene Bereich entsprechend das auffangen kann, was nicht mehr im Spital behandelt werden soll, die Fälle auffangen kann, die nicht mehr im Spital die teuerste Inanspruchnahme verursachen sollen.

Wenn man sich jetzt anschaut, wie die Planstellen der Krankenkassen gestaltet sind, dass wir gerade im Facharztbereich ohnehin nicht übertrieben gut aufgestellt sind - und das ist ja der Grund: weil es so wenige Fachärzte gibt, sind die Spitalsambulanzen völlig überlastet -, und die Spitalsambulanzen wiederum binden wahnsinnig viele Ressourcen, die vielleicht auch anderweitig besser eingesetzt werden, dann frage ich mich: Was ist jetzt mit unseren Krankenkassen? Die fahren herunter, die Stadt Wien fährt herunter, und am Schluss bleibt der Patient übrig. Die Fälle häufen sich ja.

Ich meine, wenn da die Professoren und so weiter einen Hilferuf nach dem anderen loslassen, dann sind das Warnsignale. Das sind ja höchst verantwortungsbe-

wusste Menschen, die einfach aus dem System kommend darauf hinweisen, dass es hier Mangelerscheinungen gibt. Gleichzeitig sparen auch die Krankenkassen. Wo sind dann sozusagen die niedergelassenen Ärzte, die die Spitäler entlasten sollen? Ich sehe sie schlichtweg nicht.

Das wäre natürlich auch etwas. Es gibt alle möglichen Instrumente, Gesundheitsplattformen, Zielsteuerungsvereinbarungen, also liegt es ja nicht daran, dass es keine Instrumente gibt und dass das kompliziert ist. Die Frage ist nur, dass eben klar sein muss, wofür Spitäler geschaffen sind, und auch bei Ambulanzen, wofür sie geschaffen sind. Die sind eben nicht dafür da, dass sich da ganze Großfamilien am Abend hinsetzen und mit kleinen Wehwehchen kommen. Meine Damen und Herren, die sind wirklich für Notfälle gedacht, wenn sonst keine Ärzte verfügbar sind. Aber davon sind wir weit entfernt.

Wenn man in die Ambulanzen hineinschaut und sich anschaut, wer und weswegen man dorthin kommt, dann frage ich mich wirklich: Warum wehren Sie sich so gegen eine moderate Ambulanzgebühr? Ich meine, Sie sind ja sonst nicht so zurückhaltend, wenn es ums Gebührensammeln geht. Abwasser, Wasserversorgung ist ja auch ein Grundrecht - das wird um 30 Prozent teurer! Die Müllabfuhr, alles wird teurer. Und bei der Ambulanzgebühr, die einen sinnvollen Steuerungseffekt hat, bei 10, 15 oder vielleicht 20 EUR - wem die eigene Gesundheit keine 10 oder 15 EUR wert ist, da kann man schon die Frage stellen, ob es da nicht wirklich berechtigt ist, auch hier eine Steuerungsmaßnahme zu setzen. Das wäre eine sinnvolle Gebühr. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Oder dass das Spital mittlerweile mit einem Sicherheitsproblem konfrontiert ist, auch dieser Problematik muss man sich stellen. Es wird gestohlen, was das Zeug hält, und so weiter. Es werden Ärzte in den Dienstzimmern bedroht und angegriffen, wie unlängst im Krankenhaus Hietzing. Also auch da gibt es eine Fülle von Problemen, der man sich als Spitalsträger stellen muss und wo man natürlich auch Überlegungen anstellen muss: Wie können wir das Umfeld für die Ärzte, für die Pflegekräfte und für alle anderen, für die Patienten verbessern?

Man muss sich also diesen Realitäten einfach stellen. Die Zeit ist eben heute so: Man geht ins Spital, wartet dort in der Küche auf einen Arzt und bedroht den, oder man bricht in den Medikamentenschrank ein, oder man räumt die Wertsachen der Patienten weg. Das sind dann natürlich auch Sicherheitsprobleme, die angesprochen werden müssen.

Da frage ich mich natürlich schon auch, die Ärztekammer ist jetzt ja auch so rot-grün. Der jetzige Ärztekammerpräsident hat angefangen und sich seine Sporen verdient als Betriebsratsvorsitzender der Ärzte im AKH. Jetzt auf einmal ist man relativ ruhig geworden. Also auch da sollte man unabhängig von der parteipolitischen Zugehörigkeit die entsprechenden Signale an die verantwortlichen Politiker setzen, und das ist in Wien nun einmal die rot-grüne Stadtregierung.

Wir sind dann auch sehr stolz, dass jetzt alles gelolmetscht wird in allen möglichen Sprachen. Auch das

sind natürlich Dinge, die einen Haufen Geld kosten. Aber wenn es keine Ärzte gibt, dann nützt mir auch der beste Dolmetscher nichts. Ich kann nur hoffen, dass, wenn unsereiner einmal irgendwo in einem anderen Land der Welt einen Arzt braucht, dann auch in unserer Sprache gedolmetscht wird. Meine Erfahrungen persönlicher Natur sind, dass das in vielen anderen Ländern nicht der Fall ist. Also für Verwaltungspersonal ist zu wenig da, für Pflegepersonal auch, aber es wird alles in allen Sprachen gedolmetscht. Das wird natürlich auch toll ausgenutzt. Also auch da könnte man einmal hinterfragen, ob es nicht vielleicht andere Prioritäten gibt.

Insgesamt halte ich fest, dass auch diese Neukonzeption des Spitalskonzepts auf ein Herunterfahren der Spitäler hinausläuft. Jetzt einfach Zwillingsspitäler zu bilden und zu sagen, Donauspital und Nord oder Wilhelminenspital und Hietzing bilden irgendwo ein Zwillingsspital - im Endeffekt werden doch auch Abteilungen eingespart, und es geht dadurch natürlich auch Know-how verloren. Das muss man schon auch sagen.

Ich erwarte mir von einem Schwerpunktkrankenhaus in einer Millionenstadt auch eine andere medizinische Versorgung als im Bezirkskrankenhaus Mistelbach. Dort ist es ausreichend, wenn man sozusagen eine Grundausstattung hat, weil dann ohnehin der Hubschrauber kommt und die schwereren Fälle erst recht nach Wien bringt. Aber es ist eben zwischen einer Rudolfstiftung oder einem Donauspital und irgendeinem kleinen Bezirkskrankenhaus auf dem Land ein Unterschied.

Das muss man berücksichtigen, dass man da auch entsprechend Know-how verliert. Es lebt ja ein Spital auch davon, dass die Kollegen miteinander reden können, dass sie sich auch sehen können, dass man vielleicht einfach von einem Stock in den anderen geht, und da sitzen dann diejenigen, die vielleicht näher an einer medizinischen Diagnose dran sind.

Wir haben ein sehr gutes öffentliches Gesundheitssystem in Wien. Das soll überhaupt nicht in Frage gestellt werden, es soll auch so bleiben. Wir müssen in Zeiten, in denen das Geld allerorts knapp wird, auch alle Effizienzpotenziale nutzen. Es sind auch schon einige genannt worden: Kostenüberschreitungen, die irgendwie fast schon naturgesetzlich auftreten, wenn möglich zu verhindern und so weiter. Aber fahren wir nicht die Gesundheitsversorgung herunter, und zwar in einer Art und Weise, die dann vielleicht irreversibel ist!

Ganz zum Schluss: Die Sozialdemokratie hat ja heuer ein sehr wichtiges Parteigründungs Jubiläum gefeiert. Ich möchte Ihnen Folgendes mitgeben: Victor Adler war ein praktizierender Arzt. Es ist wichtig, dass in der Gesundheitspolitik auch praktizierende Mediziner oder praktizierende Schwestern und Pfleger tätig sind, weil diese natürlich einen anderen Zugang haben. Stellen Sie sich vielleicht einmal die Frage: Was würde Victor Adler heute von der Wiener Gesundheitspolitik verlangen? - Danke. *(Beifall bei der FPÖ. - Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: Er würde sie hervorragend finden!)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet hat sich Herr GR Wagner. Ich erteile ihm das Wort.

GR Kurt **Wagner** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Gemeinderates!

Ich darf vielleicht gleich zum Schluss beginnen - bei mir am Anfang -: Wenn mein Vorredner Victor Adler zitiert hat, dann ist es sehr richtig, dass dieser ein großer Reformers, ein großes Vorbild für die österreichische und Wiener Sozialdemokratie war. Aber was er damals auch den Ziegelerarbeitern in Favoriten gesagt hat - ich glaube, es wird vielleicht auch dir im Prinzip noch in Erinnerung sein, dass er damals sagte: „Leutl'n, euch kann kein Arzt mehr helfen, es muss hier politisch etwas geschehen.“ In diesem Sinne haben wir in Wien mit all den Persönlichkeiten der Vergangenheit, glaube ich, sehr zielführend und gut gearbeitet.

Meine geschätzten Damen und Herren! Aber lassen Sie mich vielleicht zu Beginn auch noch eines sagen. Wenn hier das neue Spitalskonzept 2030 und auch die Kooperation und Zusammenarbeit von Spitälern erwähnt wurde und man gleichzeitig meint, es kann oder es wird hier zu einer Verschlechterung kommen, dann darf ich Sie beruhigen: Ich glaube, dass Kompetenzzusammenführung eine Qualitätsverbesserung ist.

In der Gesundheitspolitik - und das ist ein internationaler Maßstab - kommt es letztendlich nicht auf die Quantität, sondern auf die Qualität in der Behandlung an. Jeder Patient und jede Patientin sollten im Prinzip die bestmögliche medizinische Versorgung bekommen. *(Demonstrativer Beifall von StR David Lasar. - Beifall bei der SPÖ.)* Es ist nicht von Haus aus so, dass es bedeutet: Je mehr Angebot, desto besser ist die medizinische Versorgung. Ganz im Gegenteil, das könnte sich auch durchaus ins Negative auswirken.

Geschätzte Damen und Herren! Aber auch von Seiten der Oppositionsparteien gibt es im Prinzip sehr konstruktive Beteiligungen in der öffentlichen Diskussion. Ich sage das immer wieder, und ich sage das auch immer persönlich: Mit der Kollegin Korosec, auch wenn es hier manchmal durchaus politisch andere Meinungen gibt, ist die Zusammenarbeit formell eine durchaus konstruktive.

Da wir nicht mit zwei Zungen sprechen, die Frau Stadträtin und ich, und nachdem die Frau Stadträtin in den Ausschüssen, bei verschiedenen öffentlichen Gelegenheiten, bei Pressekonferenzen mehrfach schon erklärt hat, dass es im Prinzip auch eine gemeinsame Betriebsführung geben wird, darf ich der ÖVP mitteilen, dass wir natürlich mit Freude Ihrem Antrag zustimmen können. Nicht deswegen, dass es dieses Steins des Anstoßes bedurft hätte, sondern ich werde dann in meinen Ausführungen noch darauf zurückkommen, dass diese Ihre Wünsche und Vorstellungen schon vor einiger Zeit von unserer Frau Gesundheitsstadträtin in die Wege geleitet worden sind.

Geschätzte Damen und Herren! Aber wenn hier auch gemeint wurde, im Allgemeinen Krankenhaus kommt es zu einer Ausdünnung, weniger Ärzten, weniger Pflegepersonal und so weiter: Mitnichten! *(StR David Lasar: Es stimmt aber!)* Mitnichten stimmt das in der Vergangenheit, und das wird auch in Zukunft nicht so sein.

Wenn Sie sich die Zahlen genau anschauen - Kollege Lasar, du bist ja immer ein Meister mit irgendwelchen Zahlen, die du dann recherchierst: Du hättest dir die Zahlen im AKH genau anschauen sollen. Da kommen auf 100 Spitalsbetten 71 Ärzte; der Österreich-Schnitt in den Universitätskrankenhäusern sind 53 Ärzte. Ich darf dich beruhigen, wir haben in den Wiener Gemeindespitälern des KAV ebenfalls einen Schnitt pro 100 Spitalsbetten von 53 Ärzten. Hier kann also von einem Mangel überhaupt keine Rede sein, und wir brauchen da auch internationale Vergleiche nicht zu scheuen.

Wenn man die Gesundheitskosten betrachtet, die zugegebenermaßen in Österreich, aber auch in Wien sehr hoch sind, dann macht dich der Vergleich von OECD-Studien sicher. Wenn man sich anschaut, was die Vereinigten Staaten im Gesundheitswesen vom Bruttoinlandsprodukt ausgeben, aber auch vergleichbar die Schweiz, dann wirst du draufkommen, dass wir in Österreich und in Wien im guten und gesunden Mittelfeld liegen. Das werden wir auch sicher künftig bleiben.

Eines muss ich aber als kleine Kritik hier schon an den Oppositionsparteien zu geteilten Rollen anbringen. Wenn die Kollegin Korosec meint, Sie waren ja immer in Opposition und man hat Sie nicht gehört, dann muss ich dazu sagen: Das stimmt nicht ganz. Es stimmt zwar für die letzten Jahre, aber Sie haben ja immerhin von einem Zeitraum von 17, 18 Jahren gesprochen. 1996 bis 2001 gab es eine Koalition - nicht mit der Grünen Fraktion, sondern mit der Österreichischen Volkspartei. Und der Herr Vizebürgermeister hat damals Dr. Görg geheißt. Ich kann mich nicht erinnern, dass er der Sozialdemokratischen Fraktion angehört hätte. Man hätte also in diesen fünf Jahren, wenn man das wirklich gewollt hätte, auch einiges weitergebracht.

Aber auch in Richtung FPÖ darf ich Sie aus der gemeinsamen Verantwortung nicht entlassen - Kollegen Kickert hat das schon angesprochen -, nachdem man ja sagen kann, na ja, alle handelnden Personen, und wenn sie der Sozialdemokratie nahestehen, misstraut man ihnen. 2000 bis 2006 haben Sie keinen einzigen sozialdemokratischen Minister in der Bundesregierung gehabt. Da hätten Sie auf Bundesebene mit den Ministern, die damals die ÖVP und die FPÖ gestellt haben, im AKH durchaus nach Ihren Intentionen vorgehen können, Ihre Vorstellungen deponieren und auch umsetzen können. Tatsache ist, man hat es so nicht gemacht.

Jetzt bekenne ich mich dazu: Wer arbeitet, macht auch Fehler. In einer so großen Institution wie dem Allgemeinen Krankenhaus passieren natürlich auch Fehler, und sicher sind in der Vergangenheit Fehler passiert. Ich persönlich kann nicht ausschließen - und das könnte keiner von uns, denn dann wäre er ein Scharlatan, wenn er das sagt -, dass auch in Zukunft Fehler passieren werden. Man muss nur Vorsorge treffen, wenn man Fehler gemacht hat, dass diese natürlich beseitigt werden, und hier auch für alle Eventualitäten Vorsorge treffen.

Wenn hier ein Lieblingsthema immer wieder angesprochen wird, AKIM - aber darauf komme ich auch noch zurück -, die EDV, dann darf ich Ihnen auch eines in

Erinnerung bringen. Wir alle hier herinnen sind wahrscheinlich hochqualifizierte Experten der EDV. In Wirklichkeit kennen wir uns aber relativ wenig aus, wenn wir das ehrlich zugeben. Ich bin von meinem angestammten Beruf her Systemprogrammierer, und ich darf Ihnen sagen, ich habe diese Funktion in den letzten Jahren nicht mehr ausgeübt und stehe heute wahrscheinlich vor genau den gleichen Problemen wie Sie.

Womit wir nicht gerechnet haben - aber ich möchte Ihnen jetzt keinen Vortrag darüber halten, was sich in der EDV in den letzten 30 Jahren alles geändert hat: Die historische Entwicklungsgeschichte der EDV ist eine interessante. Wenn Sie sich selber ein bisschen damit beschäftigen, dann wissen Sie, dass wir damals, in den 70er Jahren, im Prinzip mit Magnetkernspeichern als Hardware gearbeitet haben. Wir arbeiten heute mit Heliumspeichern, und wie das alles heißt. Es ist damals viel geschehen, aber mit der heutigen Technik passiert in einer Nanosekunde das, was sonst in 33 Jahren passiert.

In den 70er und 80er Jahren war man stolz darauf - und das ist wissenschaftlich untermauert -, dass sich das EDV-Wissen alle vier Jahre verdoppelt hat. Ab der Jahrtausendwende gehen wir von dem wissenschaftlichen Standpunkt aus, dass sich das EDV-Wissen jährlich verdoppelt. Damit passiert eines: Wenn Sie heute für eine Hardware ein neues Programm zu schreiben beginnen, dann wissen Sie, dass dieses Programm, wenn Sie fertig sind, wahrscheinlich schon zu einer alten Generation gehört. Wenn Sie Pech haben und ein bisschen länger brauchen, was auf Grund der Problematik durchaus sein kann, dann kann es passieren - wie das im Fachjargon heißt -, dass die Hardware mit der Software nicht mehr ganz kompatibel ist, oder auch umgekehrt. Das ist die Problematik, die jedes Unternehmen hat: Was Sie heute kaufen, ist bereits morgen überholt und überaltert. Und das wird uns in den nächsten Jahren nicht anders gehen.

Meine geschätzte Damen und Herren! Weil der Herr Klubobmann Gudenus - den ich jetzt nicht sehe - heute die Mercer-Studie angesprochen hat, kann ich ihm das natürlich nicht schuldig bleiben. *(GR Mag Wolfgang Jung: Oh, die schon wieder!)* Gestern ist sie herausgekommen, wie Sie ja festgestellt haben, und wieder einmal ist Wien zur lebenswertesten Stadt gekürt worden von Menschen, die die Wiener Infrastruktur - gerade, weil sie den internationalen Vergleich kennen - offenbar sehr schätzen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Aber bis jetzt hat nur die Ebene der SPÖ-Funktionäre ...)*

Einer der Hauptbestandteile, wieso wir an erster Stelle sind, ist zweifelsohne auch die erstklassige medizinische Versorgung in Wien. Ich darf Sie auch beruhigen, was das Allgemeine Krankenhaus ... *(GR Mag Wolfgang Jung: Die haben doch alle Privatversicherungen!)* Herr Jung, es wird nicht immer alles richtiger, wenn man Zwischenrufe anbringt. Und es wird auch nicht alles wahrer, je öfter man es wiederholt. *(Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)* Ich darf Ihnen sagen, ich war erst vor kurzer Zeit bei Kongressen von Herzchirurgen der ganzen Welt und von Europa, und die haben uns in Wien ein

erstklassiges Zeugnis ausgesprochen. Ich war bei Gehirnfachleuten und Spezialisten, die Gehirnoperationen auf internationaler Ebene durchführen, auch die sind dieser Meinung. Und alle internationalen Molekularbiologen, die in Wien ihren Kongress gemacht haben, haben das ebenfalls bestätigt. Ich sage Ihnen, der Ruf, den Wien genießt, den die medizinische Versorgung in Wien genießt, an dem kann man nicht rütteln und an dem sollte man nicht rütteln, sondern ganz im Gegenteil sollten wir alle gemeinsam darauf stolz sein. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber das hängt natürlich auch damit zusammen, wie man die Verantwortung sieht und wie man sie trägt. Ich sage das jetzt nicht in Richtung der ÖVP, aber bei der FPÖ habe ich ein bisschen meine Probleme, was das Gedächtnis dieser Partei und dann auch ihre Vorgangsweise angeht. Wenn heute hier eine Mitarbeit angeboten wurde, eine Zusammenarbeit, dann hat die Frau Stadträtin in den dazugehörigen Gremien, im Ausschuss, aber auch in anderen Bereichen, in Kommissionen Sie mehrfach eingeladen, hier aktiv mitzuwirken. Und wenn es konkrete und gute Vorschläge sind: Wieso sollen wir da im Prinzip die Augen davor verschließen?

Aber bei Ihnen habe ich immer ein bisschen ein Problem. Jetzt sage ich, Anwesende sind ausgenommen. Doch manche Mandatare der Freiheitlichen haben ein bisschen Gedächtnisverlust, was die Vergangenheit angeht, und dann zweifle ich auch, was die künftige Zusammenarbeit angeht. Ich kann mich noch gut erinnern, aus welchem Grund der Herr ehemalige Landeshauptmann Dörfler in den Bundesrat gesetzt wurde. Hier wurde von Seiten der Freiheitlichen Fraktion argumentiert, er soll seine große politische Erfahrung und seine Kenntnisse zum Wohle Österreichs einsetzen. Das ist in Ordnung. Aber als er vor zwei Tagen gefragt wird, ob er einen Brief geschrieben hat, in dem es um Landeshauptmannschaften in Kärnten gegangen ist, kann er sich an diesen Brief nicht mehr erinnern. Da frage ich mich, wie man hier profitieren soll von seinen Erfahrungen, an die er sich dann wahrscheinlich gar nicht mehr erinnern kann. - Aber das war nur ein kleiner Seitenhieb.

Meine Damen und Herren! Das AKH ist ein Ausnahmehospital in Europa, in Wien und in Österreich. Die Kennzahlen sprechen für sich. Jährlich gibt es mehr als 500 000 ambulante Patientinnen und Patienten, die insgesamt 1,2 Millionen Mal in die Ambulanz kommen. Es gibt 68 Ambulanzen und 356 Spezialambulanzen. Rund 100 000 PatientInnen werden pro Jahr stationär aufgenommen. Im Jahr 2012 wurden 47 000 Operationen durchgeführt. 1 600 Ärzte sind beschäftigt. 3 000 Krankenpflegepersonen, 1 000 Angehörige der medizinisch-therapeutischen und diagnostischen Gesundheitsberufe und viele weitere MitarbeiterInnen in den verschiedensten Berufsgruppen kümmern sich um die Patientinnen und Patienten, forschen und bilden junge ÄrztInnen aus. Sie geben ihr Bestes und retten täglich Leben.

Wir leisten als Stadt Wien hier einen großen Beitrag dazu, nämlich was die budgetären Zuschüsse zur gesamten Betriebsführung des Allgemeinen Krankenhau-

ses angeht. Aber natürlich haben wir auch die Verpflichtung, dieses Geld sparsamst einzusetzen - es so gut wie möglich einzusetzen, aber sparsamst einzusetzen.

Was die ÖVP heute macht, ist meiner Meinung nach nicht gerade sehr verantwortungsvoll. Sie suggeriert, dass das AKH in Gefahr wäre und dass die städtische Gesundheitsversorgung gefährdet ist. Meine geschätzten Damen und Herren, ich habe mir die Protokolle der Gemeinderatssitzungen herausgenommen, aber nicht die der letzten Jahre, sondern die von vor einigen Jahrzehnten. Da hat der ehemalige Vizebürgermeister und Finanzstadtrat Hans Mayr in einer ähnlichen Debatte, als um es um die Gesundheitsversorgung in Wien gegangen ist, gesagt, er lässt sich eines nicht gefallen: Er lässt in Wien kein Spital als Vergleich zu, dass man es mit einem Urwaldkrankenhaus vergleicht. Und das ist gut so.

Ich glaube, auch wir sollten hier konstruktive Kritik durchaus anbringen, aber nicht alles im Vorfeld schlechtreden, denn damit erreichen wir genau das Gegenteil. Wir verunsichern die Beschäftigten, die dort ihre Arbeit, nämlich eine vorbildliche Arbeit verrichten, und wir verunsichern die Patientinnen und Patienten. Wenn man Dinge, die unwahr sind, mehrfach wiederholt, werden sie auch nicht wahr.

Die FPÖ weiß genau, dass der Rechnungshof in seinem Bericht einige wenige Einzelprojekte herausgegriffen hat. Die FPÖ weiß genauso, dass der Rechnungshof die Jahre 2005 bis 2011 geprüft hat. Und noch viel besser weiß die FPÖ, dass schon seit dem Jahre 2011, also noch weit vor dem Prüfbericht des Rechnungshofes, eine tiefgreifende Reform der Technischen Direktion stattfindet und stattgefunden hat. Wenn die FPÖ das komplett ausblendet - wir haben das auch schon bei Ausschusssitzungen erlebt - und absichtlich ignoriert, dann frage ich mich schon, wie ernst die Wählerinnen und Wähler eigentlich Ihre Partei hier nehmen können und sollen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Wir werden es ja bald sehen, Herr Kollege!)*

Das AKH hat die technische Direktion komplett neu aufgestellt, und es gibt einen neuen technischen Direktor. Dieser neue technische Direktor ist ein ausgewiesener Fachmann, der nach einem Ausschreibungsverfahren, worüber Sie auch Bescheid wissen, zum Zug gekommen ist. Das AKH arbeitet mit Steuergeldern, es muss daher bei Bauprojekten et cetera ein starker Auftraggeber sein. Dafür braucht es eine gute personelle Ausstattung und ein ganz spezifisches Know-how, dass es dieses Spital für die Zukunft weiter absichert.

Geschätzte Damen und Herren! Das Projekt Tiefgarage zeigt, dass wir bei den Reformen im technischen Bereich richtig angesetzt haben. Das Controlling, die Projektkoordination und die Abwicklung waren zu verbessern. Der neue Aufbau und die neuen Abläufe stellen sicher, dass der Abschluss der Sanierungsarbeiten und alle zukünftigen Bauprojekte den vom Rechnungshof geforderten Kriterien entsprechen. Das haben Sie aber im Stadtrechnungshof und Kontrollausschuss schon gehört.

Es kann nicht mehr passieren, dass Projekte immer

wieder geändert werden, bis sie am Ende das Doppelte kosten. Das AKH hat neue Verfahren und strenge Kontrollen, damit so etwas nicht passiert, hier eingezogen. Das hat der Rechnungshof - wenn Sie es gelesen haben - auch gewürdigt. Es gibt auch kein „Wünsch dir was.“ mehr bei Bauprojekten. Es gibt keine überproportionalen Vorauszahlungen, wo man dann streiten muss (*GR Mag Wolfgang Jung: ... bei den Seniorenheimen?*), ob der Auftragnehmer auch die entsprechenden Leistungen erbracht hat. Dem haben wir einen Riegel vorgeschoben. Bezahlt wird, was auch geleistet wurde.

Geschätzte Damen und Herren! Noch ein paar Worte zum Kinderoperationszentrum: Ja, es wird derzeit noch nicht zu 100 Prozent genutzt. Aber das war aus sehr guten und einsichtigen Gründen, ganz im Interesse des Steuerzahlers, so geplant. Genauso wie bei dem Dialysezentrum, das wir vor einigen Jahren in Wien neu geplant und gebaut haben, war klar, dass der Bedarf in diesen Bereichen in den nächsten Jahren steigen wird - nicht sofort, sondern in den nächsten Jahren -, dass wir dann mehr Kapazitäten brauchen. Deshalb sind die Planungen auch darauf ausgerichtet worden - nicht dass wir in fünf Jahren sagen müssen, jetzt ist es an der Kapazitätsgrenze angelangt und müssen wir wieder etwas neu machen, sondern dass wir bereits jetzt Vorsorge treffen.

Zum zweiten Kritikpunkt, den Kosten: Das AKH-Management ist gerade dabei, den Schaden auch bei bereits vorhandenen Projekten zu begrenzen. Es gibt eine Schlussrechnung zu dem Projekt, die gerade ganz neu geprüft wird. Sicher ist, die Stadt wird beim Kinder-OP-Zentrum auch nur Leistungen bezahlen, die sie beauftragt hat und wenn sie auch erbracht wurden. Das wird das AKH im Interesse der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ganz konsequent verhandeln. Das ist die Empfehlung des Rechnungshofes, und die wird damit auch umgesetzt.

Wien steht dazu, dass im AKH medizinische Spitzenleistungen erbracht werden sollen. Das AKH braucht für seine Spitzenmedizin eine gute Infrastruktur, keinen Fleckerlteppich. Aber auch hier arbeitet das AKH an einer nachhaltigen Lösung. Der kaufmännische und der technische Direktor arbeiten gerade an einem baulichen Masterplan - von dem Sie ja glauben, dass er nicht gut ist.

So werden für die Zukunft für alle Teile des AKH die optimale Nutzung der Flächen und die Infrastruktur sichergestellt. Gebaut wird nur mehr, was für das AKH insgesamt am besten ist. Die Maxime ist: Welche Fläche haben wir im AKH? Wie kann man sie am besten für die Patienten verwenden? Welche Bauprojekte machen Sinn und sind besonders wichtig?

Eines muss in diesem Zusammenhang natürlich klar sein: Im Mittelpunkt steht, was gut für die Patientinnen und Patienten ist, und nicht, was gut für einzelne Gruppen oder Menschen ist, die sich gerade damit beschäftigen und dann wieder nicht. Partikularinteressen haben hier keinen Platz. Die Stadt ist dafür verantwortlich, dass das AKH floriert, aber die Stadt ist sicherlich nicht dafür verantwortlich, dass die Goldene Meile rund um das AKH

floriert. Das lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit auch sehr entschieden hier festhalten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ende dieses Jahres wird auch das gemeinsame neue EDV-Informationssystem AKIM von MedUni Wien und AKH Wien vollständig in Betrieb sein. Es ist ein höchst komplexer Bereich, und da kann ich heute wirklich guten Gewissens nicht sagen, dass es dort nicht auch das eine oder andere an Problemen geben wird, wie es das bei jedem EDV-System gibt, egal, in welchem Unternehmen welcher Größenordnung und wo es im Prinzip auch eingeführt wird. Die Rechnungshofprüfer haben aber bestätigt, dass das Management hier ebenfalls auf einem guten Weg ist. Mehr als 60 Prozent der Universitätskliniken sind bereits auf das neue System umgestellt. Für den Rest des Jahres gibt es detaillierte Planungen und fixe Zeitpläne.

Es ist schon auch bezeichnend, dass die Freiheitliche Fraktion kleine Einzelprojekte auseinanderklaubt, statt sich der wirklich wichtigen Frage zu widmen: Wie kann die Stadt für das AKH in Zukunft positive Rahmenbedingungen schaffen? Wie stellen wir hier sicher, dass das AKH eine Wiener Visitenkarte der medizinischen Forschung und Lehre bleibt?

Aber wahrscheinlich will die ÖVP leider nicht darüber sprechen, weil sie selber uns eigentlich noch keine Pläne vorgelegt hat, sondern immer nur irgendetwas kritisiert, keine Vision und keine Strategien für das AKH gezeigt hat - ganz im Gegensatz zur Stadt, ganz im Gegensatz zu unserer jetzigen Planung.

Meine Damen und Herren - und das auch in Richtung der ÖVP -, StRin Sonja Wehsely hat bereits 2011 im AKH Reformen gestartet. Gemeinsam haben MedUni Wien und Stadt Wien im Sommer 2013 verbindliche Grundsätze und Eckpunkte für die zukünftige Zusammenarbeit festgelegt und stellen damit ihre Zusammenarbeit auf komplett neue Beine. Das muss aber natürlich auf gegenseitigem Vertrauen beruhen. In Zukunft wird es erstmals eine gemeinsame Führung - das hören Sie heute von mir nicht zum ersten Mal - mit einem genau definierten Arbeitsauftrag geben. Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten werden transparent und verbindlich in einer Geschäftsordnung fixiert. Die AKH-Leitung wird erstmals ein gemeinsames Personalmanagement aufbauen.

Ich hoffe, dass wir zu diesem Zeitpunkt dann endlich auch etwas wissen, was man uns in den letzten Jahren schuldig geblieben ist. Wenn Sie sich selber mit Personalverwaltung beschäftigen, dann wird man auch wissen, dass man dazu die nötigen Zahlen braucht. Wenn wir im Prinzip ordentlich planen wollen - und wir wissen, wie viel Personal wir für die Pflege einsetzen müssen und verwenden -, dann müssen wir auch wissen, wie viele Ärzte im Dienst sind, mit welcher Stundenzahl wir rechnen können und wie die Diensterteilung dieser Ärzte aussieht. Das ist uns in der Vergangenheit die Medizinische Universität leider schuldig geblieben. Ich hoffe, dass sich das jetzt ändert, um in Zukunft wirklich eine vernünftige Personalplanung fortsetzen zu können.

Ab dem Jahresanfang 2015 wird gemeinsam organisiert. Erstmals in der AKH-Geschichte findet eine ge-

meinsame Planung statt, sowohl für Personal und Sachmittel als auch für Investitionen. Es wird ein gemeinsames Budget für den laufenden Betrieb, ebenso ein gemeinsames Budget für alle künftigen Investitionen geben. Der Rechnungshofbericht bestätigt diesen Weg unserer Frau amtsführenden Stadträtin. Er zeigt, dass die von ihr angestoßenen Veränderungen im AKH wichtig, richtig und vor allem alternativlos sind.

Aber alles, was ich heute ausführe, ist eigentlich wohlbekannt. Die Frau Stadträtin hat die AKH-Reform schon mehrfach öffentlich präsentiert. Hier im Gemeinderat hat sie genauso dazu gesprochen, Interviews gegeben und Pressekonferenzen dazu abgehalten.

Wenn also die FPÖ behauptet, dass es keine Reformen im AKH gibt, und dann auch noch den Rücktritt unserer Frau Gesundheitsstadträtin verlangt, dann kann ich nur sagen, das ist eine Behauptung wider besseres Wissen! Zeitung lesen und die Gemeinderatsdebatten inhaltlich verfolgen, meine Damen und Herren, das würde ich dann noch einmal der FPÖ-Fraktion nahelegen.

Man muss es jetzt auf einen ganz einfachen Punkt bringen: Ja, es ist das demokratische Recht auch der Freiheitlichen Fraktion, einen Gemeinderat auf Verlangen zu verlangen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Na, zu gü-tig!)* Aber die heutige Debatte von Ihrem Diskussionsredner zeigt deutlich, dass es der FPÖ eigentlich gar nicht um die Inhalte geht. Sie möchte im Prinzip skandalisieren und die AKH-Reform von Frau StRin Wehsely torpedieren. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das ist lustig: Sie lesen das runter!)* Aber dann soll sie das auch ganz klar sagen! *(GR Mag Wolfgang Jung: Es ist schon lustig: Das haben Sie vorher schon gewusst!)* Sagen Sie, Sie wollen in Wien nicht an Konzepten mitarbeiten. Sagen Sie, Sie wollen in Wien nicht Ihre Vorstellungen auch in der realen Politik wiederfinden. Sagen Sie es Ihren Wählerinnen und Wählern!

Ich darf Ihnen garantieren: Wir haben uns in der Vergangenheit von Ihnen nicht von unserer, wie ich glaube, richtigen Sozial- und Gesundheitspolitik abhalten lassen. Die Koalitionsregierung wird sich auch in den künftigen Jahren nicht davon abhalten lassen. - Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet hat sich Herr GR Ing Mag Dworak. Ich darf daran erinnern, dass die Redezeit der Debattenredner jetzt nur noch 15 Minuten beträgt. - Bitte.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Frau Stadträtin! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Wenn Kollege Wagner gesagt hat, dass die ÖVP einmal in einer Regierung mit der SPÖ war, ist das ja wunderschön. Aber in dieser Zeit hat es einen sozialdemokratischen Bürgermeister und eine sozialdemokratische Gesundheitsstadträtin gegeben. Ich möchte daher schon festhalten: Wer wo die Verantwortung trägt, das steht in dem Haus, glaube ich, ja außer Frage. *(GR Kurt Wagner: Es war ein sozialdemokratischer Stadtrat!)* Auch Stadtrat, da gibt es alles Mögliche.

Ich darf auch darauf hinweisen, dass meine Kollegin bereits etliche Beispiele dargelegt hat, wie die Stadt

Wien mit dem AKH umgeht. Wenn man das alles so zusammenzählt, kann man nur staunen, wie bei einem organisatorischen Tohuwabohu und eben auch ohne Betriebsgesellschaft dieser Spitalsbetrieb aufrechtzuerhalten war.

Die GRÜNEN sehen wahnsinnig viele Schwierigkeiten bei einer zukünftigen Betriebsgesellschaft, oder was sein wird; es ist ja noch nicht wirklich die Rede davon, in welcher Form diese Zusammenarbeit erfolgen wird. Da bin ich auch persönlich noch skeptisch, welche rechtliche Form es gibt. Ich sage, dass man sich hier zu wenig an den Bedürfnissen der Patienten orientiert hat. Kollege Wagner hat gesagt, ja, man hat sich daran orientiert. Aber in dieser Angelegenheit möchte ich wirklich einen Widerspruch zu ihm machen. Denken wir an die notwendigen Investitionen: Diese wurden, glaube ich, sehr oft aufgeschoben.

Sie wissen alle, dass sündteure Geräte im AKH herumstehen, die nicht mehr genutzt werden können, während andere, nämlich die Patienten, quer durch Österreich geschickt werden. Ich denke nur an die Druckkammer. Bei der Druckkammer hat man ja gesagt, dass sie nie mehr instandgesetzt werden wird. Da finde ich, dass das wirklich keine tolle Geschichte ist. Da werden lieber teure Hubschrauberflüge in Kauf genommen und die Patienten nach Graz transportiert.

Aber es ist einfach, glaube ich, unfassbar, was man den Patienten zum Beispiel in dieser Art und Weise ins Gesicht sagt, dass man eben gar nicht die Absicht hat! Die Frau Stadträtin hat am 26. Jänner 2011 in diesem Haus gesagt, dass nie wieder eine Druckkammer im AKH in Betrieb sein wird.

Aber kommen wir nun zum Rechnungshofbericht: Dort wurde festgestellt, dass die Hälfte der medizinischen Geräte, nämlich rund 62 Prozent, 12 Jahre alt beziehungsweise älter als 12 Jahre sind. Die technischen Anlagen und Maschinen waren im Jahre 2011 zu zirka 83 Prozent bereits abgeschrieben, und laut der letzten Mehrjahresplanung werden für das AKH heuer zirka 40 Millionen EUR, im Jahr 2015 zirka 36 Millionen EUR und ab 2016 60 Millionen EUR investiert. Und dass man ab 2016 diese 60 Millionen EUR vorschreibt, erscheint mir an dieser Stelle mehr als kühn, denn es handelt sich dabei sicherlich nicht um konkrete Planungen, sondern eher um ein „Wünsch dir was“-Konzert.

Wir wissen, dass man für die nächsten Jahre beim AKH sehr viel Geld investieren müssen wird, und die 256 Millionen EUR bis 2018 werden bei Weitem nicht reichen. Ich sage an dieser Stelle, dass man mehr als 1 Milliarde EUR brauchen wird, um eine Generalsanierung des AKH durchzuführen, und selbst mit dem Anteil des Bundes wird diese AKH-Milliarde meiner Meinung nach nicht erreicht werden. Für eine Generalsanierung sind nämlich mehr oder weniger fast ebenso hohe Beträge wie für einen Neubau nötig.

Aber ich komme noch zu einem anderen Thema, nämlich zur Sicherheit im AKH. Heute wurde an dieser Stelle schon erwähnt, dass es für die Patientinnen und Patienten keine im adäquaten Sicherheitsbereich zu versperrenden Kästen gibt, dass man beim Sicherheits-

personal spart und es viel zu wenig Sicherheitspersonal gibt und dass man auch bei den Sicherheitseinrichtungen spart. Es gibt, glaube ich, keine oder nur ganz wenige Kameras mit Bildauswertung. – Dazu muss ich schon sagen: Jedes Hallenbad und jedes Fitnesscenter haben besser versperzbare Garderobekästen für die Benutzerinnen und Benutzer. Warum es das für die PatientInnen nicht gibt, bleibt mir verborgen! Ich meine: Anstatt von einer eigenen Polizeiinspektion im AKH zu träumen – und damit die Kosten dem Bund anzulasten –, wie dies unlängst der Leiter der Rechtsabteilung Dr Marzi getan hat, sollte die Stadt Wien eben mit der AKH-Führung den Hebel entsprechend ansetzen, damit man die Ganoven früher erwischt.

Halten wir also fest, meine Damen und Herren: Erstens verkommt das AKH dank der Untätigkeit der zuständigen Stadträtin leider immer mehr zum teuersten Gerätefriedhof. Zweitens kann man die Probleme nicht einfach auslagern und Transporte zu Geräten in anderen Bundesländern vornehmen, obwohl man diese auch in der Stadt Wien haben könnte. Drittens wurde wenig bis nichts unternommen, um Dieben und anderen Kriminellen im AKH das Handwerk wenn schon nicht zu legen, so zumindest zu erschweren.

Frau Stadträtin! Sie sind gemeinsam mit der KAV-Führungsebene seit 2007 dafür verantwortlich, dass das technische Equipment in den Spitälern funktionstüchtig ist. Unserer Meinung nach ist das aber ganz einfach nicht voll umgesetzt worden. Wir haben heute schon unseren Antrag betreffend die Betriebsführung eingebracht, wobei ich hoffe, dass Sie nicht situationselastisch – so das Unwort der Woche – reagieren und den Termin Ende 2014 platzen lassen werden, denn es ist für uns sehr wohl eine *conditio sine qua non*, dass bis zum Ende des Jahres 2014 wirklich etwas geschieht, nämlich dass auch eine rechtliche Form dieser Zusammenarbeit gefunden wird.

Im Hinblick darauf nehme ich auch an, dass Sie unserem Antrag zustimmen werden. Ich glaube, dass eine Sondersitzung über das AKH in dieser Form notwendig war und ist, und deswegen halten wir das hier für nicht vermeidbar. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Univ-Prof Dr Frigo. Ich erteile ihm das Wort.

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich habe ein bisschen etwas mitgenommen. – Wir reden heute über das AKH. Prinzipiell möchte ich über mein Haus nicht schlecht reden und werde Ihnen vor allem Kritiken bringen, die nicht von mir stammen, die ich zusammengefasst habe. Ich habe hier einen Stoß von Rechnungshofberichten und diversen anderen zusammenfassenden Berichten, ich möchte Ihnen allerdings zunächst über die Situation der Ärzte und Patienten allgemein berichten.

Fangen wir einmal bei meinem Vorredner und dem Resolutionsantrag bezüglich der Betriebsgesellschaft an. Das ist an und für sich ein alter Hut. Ich selbst arbeite

seit 1992 im AKH, und ich habe auch an der MedUni Wien studiert, das sind – ich will es gar nicht wissen und nachrechnen – 20 bis 30 Jahre, das ist also jedenfalls schon sehr lange. Und es gibt dieses Thema schon seit Beginn des AKH, schon im alten Haus war das ein Thema, und im neuen Haus ist es das sowieso. Es gibt aber auch Verträge. Beispielsweise gibt es einen Zusammenarbeitsvertrag aus dem Jahr 2005, unterzeichnet damals von Brauner, Gehrler, Grasser und Rieder, und im Hinblick darauf werden wir natürlich diesem Resolutionsantrag gerne zustimmen. Ich hoffe allerdings, dass das Ganze mit dieser Absichtserklärung nicht beerdigt ist, sondern dass das wiederum ein Versuch der gemeinsamen Betriebsführung ist.

Nun möchte ich, wenn ich schon historisch vorgehe – wir haben heute schon von Victor Adler gehört, der durchaus ein anerkannter Politiker und Arzt war, man kann auch beides schaffen –, im Rückblick auf mein Altmedizinerleben einen Schwank aus meiner Turnusarztzeit erzählen. Warum möchte ich das erzählen? – Ich glaube nämlich, Sie können sich nicht vergegenwärtigen, was in der Praxis zwei Budgettöpfe bedeuten.

Ich war einmal im Pulmo-Zentrum, und das Pulmo-Zentrum besteht ja aus dem Pulmologischen Zentrum Baumgartner Höhe und dem Psychiatrischen Zentrum, damals in der Hochblüte. Wir hatten einen psychiatrischen Patienten in der Pulmologie anzuschauen und nachher wieder ins Psychiatrische Zentrum zu transportieren. Ich habe damals gefragt: Warum holen wir den Patienten nicht mit dem hauseigenen Transport? Ich habe nämlich nicht verstanden, warum damals eine Rettung bestellt wurde. – Die Antwort lautete: Der hauseigene Transport betrifft ja unser hauseigenes Budget, das müssen wir zahlen, also bestellen wir eine Rettung und lassen den Patienten die 500 m herüber führen. – Das kostet den Steuerzahler natürlich viel mehr, denn der Transport mit der Rettung ist teuer.

Verstehen Sie jetzt, was zwei Budgets bedeuten? – Beim einen Budget wird gespart, aber das Steuerbudget wird belastet. Dementsprechend sind zwei Budgets immer problematisch. Das ist also nicht so einfach! Zwei Budgets bedeuten nicht immer, dass das so toll ist, sondern im Gegenteil: Es wird zum Teil auch sehr viel vergeudet.

Dieses Nichtwissen um die Bedeutung für die Praxis tut mir immer wieder weh, denn die Vorgehensweise der Schreibtischtäter führt wiederholt zu traurigen Ergebnissen. Heute wurde schon oft das System AKIM erwähnt, und dieses macht den Kollegen in der Praxis leider immer wieder zu schaffen. – Ich gebe zu: Es bestand sicherlich zuerst die Absicht, das EDV-System zu erneuern. Aber ich frage Sie ehrlich: Meinen Sie, wenn man 2000 mit einem EDV-System beginnt und wir jetzt das Jahr 2014 haben, dass dieses EDV-System noch sehr neu ist? Ich verstehe wie Herr Wagner auch nicht sehr viel von Computern, aber ich meine: Ein EDV-System aus dem Jahr 2000 kann, selbst wenn man es ein bisschen updatet, nicht mehr sehr neu sein!

Kommen wir nun zu AKIM: Prinzipiell ist dieses AKIM auch wieder eine Geschichte zwischen Spitalsverwaltung

und MedUni Wien. Prinzipiell – auch das zieht sich ein bisschen durch und ist, glaube ich, einer der Hauptkritikpunkte an Frau StRin Wehsely – geht es hiebei um schwere Managementfehler. Ich glaube, man muss sich diesfalls mit dem Management ganz allgemein auseinandersetzen, und zwar auf welcher Ebene auch immer. Es ist nämlich auch ein Kritikpunkt der Ärzte des AKH, dass die jeweiligen Ebenen, sowohl die unteren als auch die übergeordneten Ebenen, für sich selbst sprechen müssen.

Im Hinblick auf diese Managementfehler, die sich gerade in so wichtigen Fragen wie der EDV, mit der wir tagtäglich zu tun haben, und der Implementierung eines so komplexen neuen Dokumentationssystems zeigen, kritisieren wir, dass das Ganze nicht mit den Ärzten der MedUni Wien abgesprochen wurde. Eine Absprache mit den Ärzten und den betroffenen Personen fehlt, und das kritisieren wir besonderes, denn man kann etwas nur erfolgreich implementieren, wenn es abgesprochen wurde. Jetzt in der letzten Phase erfolgen Absprachen, aber nun ist es zu spät. Wir wurden nie gefragt, wir wurden nie einbezogen, und das ist schlecht, denn für die Patientenversorgung wäre es wichtig gewesen, von Anfang an darüber zu reden.

Es geht vor allem auch um den Zeitpunkt. Gerade jetzt, da es auch Umstrukturierungen in der MedUni Wien gibt, wird AKIM eingeführt. Die MedUni Wien hat jetzt auch einen neuen Studienplan, gemäß welchem die Studenten an die Praxis herangeführt werden und es ein klinisch-praktisches Jahr gibt, und in diesem praktischen Jahr gibt es einen vermehrten Aufwand in der Lehre.

Ich weiß nicht, ob das untergegangen ist: Für AKIM gibt es jetzt aus Kostengründen nur ein Basispaket, was uns auch ein bisschen gestört hat, denn das ist ja nur eine abgespeckte Version. Außerdem ist betreffend AKIM auch noch einmal hervorzuheben, dass die Hardware nicht dabei ist und es jetzt noch einmal zu einer Hardware-Lösung kommen muss, und – was noch spannender ist – zu dieser Hardware-Lösung gehören zum Beispiel leider auch Visitenwagen. Diese haben ohnedies schon sehr viel gekostet, jetzt kommt es aber wiederum zu Mehrkosten, denn diese müssen dann auch ausgetauscht werden.

Es wurde schon daran gedacht, dass irgendwann einmal eine papierlose Krankengeschichte kommt, denn wir ersticken im Papier. Der Vorteil eines EDV-Systems wäre ja letzten Endes, dass wir, wenn wir schon stundenlang vor dem Computer sitzen, wenigstens irgendwann einmal das Papier los werden und wir, statt dass Wälder abgeholzt werden, endlich einmal nur die EDV haben. Aber dafür brauchen wir natürlich auch entsprechende Visitenwagen, auf denen dann die PCs oder Tablet-PCs stehen, damit wir endlich auch einen Vorteil von dem ganzen Computersystem haben. – So viel zu AKIM.

Nun zu den Journaldienstreduktionen: Prinzipiell besteht das Problem, das sich zugespitzt hat, dass nämlich die Notfallambulanz einfach überlastet ist. Es gibt jetzt, wie Sie wissen, einen Artikel im „profil“, der das AKH leider nicht wirklich gut ausschauen lässt. Sie alle wer-

den diesen Artikel mit dem Schlagwort „Totaufnahme“ kennen, und die Geschichte war wirklich nicht sehr rühmlich für das AKH,

Was allerdings in diesem Artikel wirklich stimmt, ist, dass die Zahl der ambulanten Fälle – wie Sie wissen werden – total angestiegen ist, die Zahl der Ärzte hingegen nicht, und das halten wir für sehr bedenklich. Seinerzeit hat es die Ambulanzgebühr gegeben, das ist eine mögliche Maßnahme, denn es bringt nichts, wenn Patienten mit Schnupfen um 4 Uhr morgens in die Notfallambulanz kommen und Spitzenmedizin in Anspruch nehmen. Die Notfallambulanz ist für Notfälle eingerichtet, etwa für Herzinfarkte, wir haben eigene Herzkatheter, womit Menschen aus ganz Ostösterreich wirklich geholfen wird, und dementsprechend ist das Erste und Wichtigste die Aufklärung.

Außerdem fordern wir, dass es eine Nachbesetzung bei den Ärzten gibt. Sie haben es eh schon gehört: Es geht um 180 Arztdienststellen und um zirka 400 Schreibkräfte. Das wird doch wohl möglich sein, wenn man 40 Millionen für ein Kinder-Herz-OP-Zentrum und 60 Millionen für ein EDV-System hat! Unter diesem Aspekt werden doch wohl auch diese 15 Millionen finanzierbar sein!

Zudem gibt es jetzt einen Universitätsmedizinplan. Ich weiß nicht, wer diesen kennt. Es ist dies ein neues Projekt. – Wir sind sehr für neue Projekte, aber ich meine, der Universitätsmedizinplan und auch der Masterplan für die KAV-Spitäler müssen sehr bekrittelt werden. Warum? – Es stört uns nämlich, dass aus diesem Masterplan und diesem Universitätsmedizinplan lediglich der Bettenbelag hervorgeht und nicht mehr. Es gibt keine Bedarfspläne, und es gibt vor allem auch keinen Personalbedarfsplan, und somit sind wir wiederum beim gleichen Problem.

Meine Damen und Herren! Für mich ist daher das Gesundheitskonzept, so wie es hier steht, eigentlich keines, denn daraus geht nichts hervor. Ich kann aus diesem nichts herauslesen außer dem, was Kollege Lasar schon gesagt hat, nämlich dass das kein Konzept ist. In der Rudolfstiftung werden, wie schon erwähnt wurde, ganze Abteilungen geschlossen, das SMZ-Nord hat zum Beispiel kein Schilddrüsenzentrum, aber das kann nicht ins SMZ-Ost verlegt werden. Für uns bleiben also nur Verunsicherung und Rätsel über. Und das AKH kann nicht all das übernehmen. Meine Damen und Herren! Das ist keine Gesundheitspolitik! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Mir scheint, dass das gesamte Problem der Führung auch ein bisschen ein Verantwortungsspiel ist: Wer trägt jetzt Verantwortung wofür? Trägt sie der Bund, oder trägt sie die Gemeinde?

Gehen wir noch einmal zurück zu den Journaldienstreduktionen, und zwar im Sinne von Nachtdienstreduktionen. Da ergeht zum Beispiel vom ärztlichen Leiter eine Mail: „Leistungen können und dürfen nur unter angemessenen Rahmenbedingungen übernommen werden. Die Evaluierung dieser Bedingungen obliegt primär jeder betroffenen Person, übergeordnet den Abteilungs- beziehungsweise KlinikleiterInnen.“ – Das heißt: Ich bin selbst verantwortlich, wenn ich einen solchen Dienst

übernehme und kann mich aufhängen! Das heißt nämlich: Wenn ich allein 100 Patienten versorgen muss, dann bin ich selbst verantwortlich.

Und genau das möchte ich auch der Frau Stadträtin zuspielen: Sie ist selbst verantwortlich für die Gesundheit, und dementsprechend stellen wir heute auch diesen Misstrauensantrag. – Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Deutsch. Ich erteile ihm das Wort.

GR Christian **Deutsch** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es gibt jetzt weder den nächsten AKH-Skandal noch gefährdet die rot-grüne Stadtregierung die städtische Gesundheitsversorgung. Vielmehr handelt es sich hierbei um einen fast peinlichen Versuch der FPÖ, das hervorragende Gesundheitswesen in Wien und deren politische Repräsentanten anzuputzen.

Gerade die gestern präsentierte und international anerkannte Untersuchung betreffend Lebensqualität in allen Metropolen auf allen Kontinenten listet Wien wieder einmal mehr auf Platz Nummer 1, und zwar nicht zuletzt auch auf Grund des exzellenten Gesundheitswesens in dieser Stadt. *(Ironische Heiterkeit bei der FPÖ. – GR Mag Wolfgang Jung: Das ist ein hilfloser Aufschrei!)* Außerdem, meine sehr geehrten Damen und Herren, bringen nicht nur die Mercer-Studie, sondern eine Vielzahl von Untersuchungen und Befragungen auch in dieser Stadt die große Zufriedenheit der Wienerinnen und Wiener mit dem Gesundheitswesen zum Ausdruck. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Zum Beispiel der Rechnungshofbericht, nicht wahr?!)* Aber das ist Ihnen offensichtlich ein Dorn im Auge!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Beiträge, die sich Gudenus und Lasar hier heute geleistet haben, beweisen, wie ahnungslos die FPÖ ist, dass sie keinen Schimmer von der Bedeutung des AKH für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Österreich hat. Die Menschen kommen aus ganz Österreich und teilweise auch aus dem umliegenden europäischen Raum ins AKH, weil sie zu Recht davon ausgehen, dass sie dort die bestmögliche medizinische und pflegerische Behandlung und Versorgung erhalten, und daher ist das AKH gerade für die spitzmedizinische Versorgung von zentraler Bedeutung.

Das spiegelt sich selbstverständlich – Kollege Wagner hat schon darauf hingewiesen – auch im Finanzhaushalt der Stadt wider, wo die Stadt ihre Verantwortung entsprechend wahrnimmt. Ein Drittel des Wiener Gesundheitsbudgets, also rund 1,2 Milliarden EUR, geht pro Jahr ins AKH.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Investitionen sind auch für eine wohlhabende Stadt wie Wien beachtlich. Sie sind nicht selbstverständlich, sie sind aber ein Zeichen dafür, welch hohen Wert das AKH für Wien hat. Dieses steht für medizinische Spitzenleistung, es werden dort jährlich über 100 000 Patientinnen und Patienten stationär auf höchstem medizinischen

Niveau versorgt und 1,3 Millionen ambulante Behandlungen vorgenommen. Und wenn im gesamten Krankenanstaltenverbund jährlich über 400 000 Patientinnen und Patienten stationär versorgt und rund 3,5 Millionen ambulante Behandlungen vorgenommen werden, dann übernimmt eben das AKH rund ein Viertel der gesamten stationären Versorgung in Wien.

Was hat die FPÖ heute getan? – Sie reden das AKH kaputt, möchten es selbst zum Patienten machen, schädigen damit aber auch das Ansehen dieser Stadt! Denn es ist keine Rede davon, dass die Versorgung für die Patientinnen und Patienten schlechter wird. Im Gegenteil: Es wird Spitzenmedizin im Weltmaßstab, und das jeden Tag, angeboten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich finde es aber auch ungeheuerlich, dass damit sozusagen in einem Aufwaschen auch die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Hervorragendes im AKH leisten, durch unglaubliche Beiträge der FPÖ, wie wir sie heute hier gehört haben, verdächtigt werden, dass sie angeblich nicht das Beste für die Patientinnen und Patienten geben und dass sie angeblich – und das ist ja fast ein Generalverdacht, den Sie äußern! – ihren Job nicht beherrschen. Durch solche Behauptungen wird nämlich indirekt auch dem Steuerzahler Schaden zugefügt. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das ist selektives Hören!)*

Wie ungeheuerlich diese Behauptungen ... *(Zwischenruf von GR Mag Dr Alfred Wansch.)* Ihre Behauptungen nimmt ohnehin niemand mehr ernst, Herr Wansch! Wie ungeheuerlich diese Behauptungen rund um das AKH sind, konnten wir ja gestern ganz deutlich sehen: Eine Pressekonferenz der FPÖ wurde groß angekündigt, aber das hat niemanden interessiert. Es war kein einziger Medienvertreter anwesend. Warum war das so? Weil sich offensichtlich bereits auch unter den Journalisten herumgesprochen hat, dass der Wahrheitsgehalt Ihrer Behauptungen Richtung null geht. – Der Wahrheitsgehalt geht permanent Richtung null. Sie haben jede Glaubwürdigkeit verloren! *(Beifall bei SPÖ und GRÜ-NEN. – Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Und dann philosophiert Kollege Lasar in einer OTS-Aussendung, die wenige Stunden beziehungsweise Minuten später über die Pressestelle der FPÖ-Wien ausgesandt wurde, über eine Pressekonferenz. – Welche Pressekonferenz war denn das? Es war ja niemand da! *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Gudenus und Lasar allein zu Haus! Niemand hat sich dafür interessiert! Das Einzige, was Sie können – und das haben Sie auch heute wieder bewiesen –, ist diffamieren, skandalisieren, schlechtreden, Patientinnen und Patienten verunsichern und falsche Behauptungen aufstellen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber es gibt ja nichts, was für Sie nicht peinlich wäre. So behauptet die FPÖ beispielsweise gestern auch noch in der Aussendung, Lasar sei der Gesundheitsstadtrat. – Das halte ich für eine gefährliche Drohung! Er könnte vielleicht der Gesundheitssprecher der FPÖ sein, aber das muss er sich mit Frigo ausschnapsen.

Ich kann Ihnen jedenfalls sagen: In Wien ist die Gesundheitspolitik – und darauf kann die Bevölkerung auch

vertrauen – in sicheren Händen bei unserer Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely! *(Beifall bei der SPÖ. – GR Mag Wolfgang Jung: Haben Sie auch etwas zur Sache zu sagen?)*

Kollege Frigo hat auch die Titelgeschichte des „profil“ vorhin angesprochen. – Bereits wenige Stunden nach dem Erscheinen des Magazins – darüber haben Sie nicht geredet – haben bereits sowohl die Medizinische Universität Wien als auch die Spitzen des AKH Wien in einem offenen Brief gegen die „profil“-Berichterstattung öffentlich protestiert: Führende Ärzte haben sich gemeinsam gegen bewusst irreführende Darstellungen und die Verunsicherungen der Patientinnen und Patienten gewehrt. Sie weisen darauf hin, dass es sich um eine einseitige, unsachliche Darstellung handelt, die jeglicher journalistischer Sorgfaltspflicht fundamental widerspricht. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ist das „profil“ geklagt worden?)* Das steht in einem offenen Brief, über den Sie nicht geredet haben.

Selbstverständlich wird jemand, dem es nur um Skandalisierung geht, nicht auf den offenen Brief hinweisen. Das liegt in der Natur der Sache. Aber ich möchte wörtlich daraus zitieren: „Insgesamt wird durch den Artikel gezielt eine scheinbare Kausalität zwischen medizinischen Einzelfällen und organisatorischen Änderungen konstruiert. Unter anderem ist aber der im Artikel explizit hergestellte Zusammenhang zwischen angeblichen organisatorischen Mängeln und einer neuen Betriebsvereinbarung der MedUni zum Arbeitszeitgesetz falsch. Obwohl zwischen den Unterzeichnern dieses Briefes teilweise unterschiedliche Sichtweisen zu Teilen der Betriebsvereinbarung bestehen, ist es gemeinsame Meinung, dass der im Artikel geschilderte Zustand des AKH nicht den Tatsachen entspricht.“

Und so geht es dann auch weiter, und der Brief ist von vielen Vorständen der einzelnen Institute der Universitätsklinik, der MedUni Wien und des Allgemeinen Krankenhauses unterzeichnet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die FPÖ hat jede Glaubwürdigkeit verloren, und das ist kein Wunder, wenn Sie sich permanent auch derartige inhaltliche Blößen geben! Sie haben offensichtlich keine Ahnung, dass die Journaldienste im AKH auf einer Betriebsvereinbarung zwischen dem Betriebsrat des ärztlichen Personals mit ihrem Arbeitgeber beruhen, und das ist die Medizinische Universität Wien.

Für mich steht fest – und Sie haben heute einmal mehr den Beweis in der Tat geliefert –, dass Sie zu diesem Thema, nämlich zum Gesundheitswesen in der Stadt, nichts Substantielles beizutragen haben. Eine grundlegende Strukturreform im AKH, die zweifellos notwendig ist, hat StRin Sonja Wehsely schon längst eingeleitet, und eine umfassende Reform im Allgemeinen Krankenhaus ist auch im Gange. Für uns geht diese Reform in die richtige Richtung: Wir müssen Strukturen vereinfachen, Doppelgleisigkeiten abbauen, die Effizienz steigern. Über all diese Punkte konnten wir vor wenigen Wochen in diesem Haus anlässlich der Rechnungshofberichte bereits diskutieren, und daher halte ich es für müßig, die Reden von damals hier noch einmal anhören

zu müssen beziehungsweise zu wiederholen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Fest steht: Wir brauchen gemeinsame Steuerungsmechanismen und eine gemeinsame Betriebsführung. Die Vereinbarung zwischen der MedUni Wien und der Stadt Wien vom Sommer 2013 beziehungsweise der Fahrplan für eine gemeinsame Betriebsführung 2015 stehen. Das heißt: Während die FPÖ billige oder sehr billige Propaganda betreibt ... *(GR Mag Wolfgang Jung: ... betreiben Sie eine sehr teure!)* ... und die Menschen verunsichert, machen sowohl die Stadt als auch die MedUni Wien gemeinsam das AKH zukunftsfit. Die MedUni ist hierfür ein wichtiger Partner, denn nur ein gemeinsames und akkordiertes Vorgehen wird hier echte Reformen ermöglichen.

Wir werden aber weiterhin auch im Interesse der Menschen, die dieses pflegerische und medizinische Angebot brauchen, dafür kämpfen, dass das AKH den Stellenwert behält, den es hat. Und wir werden weiterhin dafür kämpfen, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Einkommen, von ihrem Alter und von ihrem sozialen Status die bestmögliche medizinische Versorgung bekommen. Wir privatisieren keine Spitäler. Wir kürzen die Leistungen nicht. Und wir führen auch keine Ambulanzgebühren ein, wie es sich damals Schwarz-Blau auf die Fahnen geheftet hat. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir stehen für sinnvolle und notwendige Strukturreformen im Gesundheitsbereich, damit wir dieses starke öffentliche Gesundheitswesen, das die Wienerinnen und Wiener besonders schätzen, auch in Zukunft erhalten können.

Den Misstrauensantrag, den Sie von der FPÖ eingebracht haben, sollten Sie eigentlich gegen sich selber richten! Die FPÖ hat nämlich für diese Stadt und für unser Gesundheitswesen keinen Beitrag geleistet. Sie haben sich zwar viel, aber für die Stadt nichts geleistet, und ich halte es daher auch wirklich für eine Unverfrorenheit, wenn Sie gegen eine erfolgreiche Stadträtin, die das Gesundheitswesen der Stadt im Interesse der Bevölkerung zukunftsfit gestalten will, einen Misstrauensantrag einbringen, nur um sie anzuputzen! Es ist offensichtlich Ihre Ahnungslosigkeit und Inkompetenz, die Sie hier heute zur Schau gestellt haben und die Sie in solche Aktionen flüchten lässt! Dieses Verhalten ist rational in keiner Weise nachzuvollziehen. Wir werden diesen Antrag jedenfalls energisch zurückweisen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr GR Dr Frigo gemeldet: Drei Minuten. *(GR Kurt Wagner: O je!)*

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Zum „profil“-Artikel und zu dem Brief der Professoren habe ich vom Betriebsrat des AKH eine Mail bekommen, und ich möchte kurz daraus zitieren. *(GRin Dr Jennifer Kickert: Das ist aber keine tatsächliche Berichtigung! – Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: Was berichtigen Sie tatsächlich?)*

Ich werde es Ihnen erzählen! – Ich zitiere: „Warum die Primärärzte keine ‚medizinisch-organisatorischen‘

Argumente anführen, sondern nur ‚medienmoralische‘, ist schon wesentlich weniger verständlich. (*Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: Welche Wortmeldung berichtigen Sie tatsächlich? Berichten Sie über einen Brief des Betriebsrates oder berichtigen Sie etwas?*) Gänzlich unverständlich ist die Unterschrift auf diesem Brief von Direktor Krepler: Er hat sich nämlich zu keiner Zeit für diese Einsparungen interessiert. (*Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: Was berichtigen Sie tatsächlich?*) Er hat sie weder begrüßt noch abgelehnt und ...“ (*Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: Lesen Sie etwas vor oder berichtigen Sie tatsächlich?*) Ich lese im Rahmen meiner Berichtigung etwas vor. Ja. (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Das ist eine tatsächliche Berichtigung und keine Leseübung!*) „... und uns sogar ausgerichtet, dass jeder Arzt selbst verantwortlich ist, wenn er sich auf eine Tätigkeit einlässt.“ (*Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Das Thema ist mir zu ernst! „Die Politik hat sich ohnedies schon lange von Argumenten verabschiedet, das Wissenschaftsministerium war traditionell völlig desinteressiert an den Detailfragen der Medizinischen Universität und hat es der Gemeinde Wien überlassen, den Leistungsauftrag an das AKH nach Belieben zu gestalten. All das passt auch sehr gut zum geradezu inferioren Vorgehen im Bereich der Personalplanung im Rahmen des Projekts Universitätsmedizin 2020. Für den ärztlichen Bereich ist eine leistungsbasierende Personalbedarfsplanung bis 2015 nicht zu erwarten. Vielleicht ist eine solche aber auch nicht notwendig und wird nicht angestrebt, da Rektor Schütz im „profil“-Interview bereits jetzt zu wissen glaubt, dass wir bei den Journaldiensten auf jeden Fall noch viel einsparen können.“ Und so weiter. „Mit besten Grüßen: Der Betriebsrat.“ (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Also: Das AKH und das gesamte Personal identifizieren sich nicht mit diesem Brief mit den angeblichen Professorenunterschriften. – Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, sage ich das, was ich jedes Mal sage, und zwar auch in Richtung Herrn Kollegen Margulies: Zu tatsächlichen Berichtigungen gibt unsere Geschäftsordnung leider Gottes nicht sehr viel her, außer dass darin steht, dass eine tatsächliche Berichtigung in drei Minuten abzuhandeln ist.

Damit argumentiere ich jedes Mal, und das halte ich bei allen Abgeordneten gleich. Da hilft es auch nichts, dass man den Vorsitzenden per Zuruf dazu anhält, etwas anders zu tun. Ich halte es jedes Mal gleich und appelliere an jeden Abgeordneten und jeden Gemeinderat, sich die Geschäftsordnung zu Gemüte zu führen und die tatsächliche Berichtigung als das zu verwenden, was sie meiner Meinung auch sein sollte, nämlich eine Berichtigung von Aussagen eines Vorredners.

Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich GRin Hebein. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Werter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich finde, es zählt es nicht wirklich aus, noch weitere Worte in Richtung FPÖ zu sagen, da schließe ich mich dem Vorredner, Herrn GR Deutsch, an.

Aber ich möchte mich auf einen Satz beziehen und noch ein paar Punkte festhalten. – Herr GR Dworak! Sie sind hier bekannt als ein im Grunde sehr sachlicher Politiker. Heute haben Sie einen Satz gesagt, der da gelaute hat: „Das AKH verkommt.“ – Das sind wir, ehrlich gesagt, von Ihnen nicht wirklich gewohnt, denn – um es noch einmal festzuhalten –: Die medizinische Versorgung im AKH ist ausgezeichnet! Und es macht keinen Sinn, Patienten und Patientinnen jetzt dermaßen zu verunsichern. Das ist strikt abzulehnen! Tagtäglich retten 10 000 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen Menschenleben im AKH. Dafür gebührt ihnen unser Dank! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Einen weiteren Punkt möchte ich zur Ergänzung noch offen aussprechen: Ich denke, wir werden niemanden hier im Raum finden, der heute noch einmal mit Begeisterung ein so riesiges Krankenhaus bauen würde. In den 50er Jahren hat man gemeint, das sei eine Innovation. – Wir wissen alle, wie enorm groß der gesamte Gebäudekomplex ist und dass dadurch eine enorm große Fehlergefährdung besteht. So etwas würde heute kein Mensch mehr bauen! Aber ich richte jetzt einen Appell an alle und vor allem an ÖVP und FPÖ: Was im Rechnungshofbericht mit der gesamten Historie seit, wie ich glaube, 1953 steht, müsste Ihnen allen bekannt sein. Es ist schon gesagt worden: Es gab seither verschiedenste Regierungsformen, nämlich alle Varianten, etwa Schwarz-Blau, Rot-Schwarz und eine absolute Mehrheit. Alle wussten Bescheid, aber alle Verantwortungsträger und -trägerinnen haben es offensichtlich nicht wirklich geschafft, Lösungsvorschläge auf den Tisch zu legen und umzusetzen, denn sonst würden wir hier heute nicht darüber reden. Nehmen Sie also bitte auch ein Stück Verantwortung wahr! Die Historie des AKH reicht nämlich, wie gesagt, bis in die 50er Jahre zurück. – Das ist der erste Punkt.

Zweitens: Natürlich sind die Kosten enorm, überhaupt keine Frage! Niemandem von uns gefällt der Rechnungshofbericht. Dieser ist allerdings sehr ernst zu nehmen. Darin werden verschiedene Bereiche angesprochen und sind Arbeitsaufträge beinhaltet, und diese nehmen wir alle ernst.

Was dieser Rechnungshofbericht aber noch einmal mehr verdeutlicht, ist dieses schwierige Konstrukt und Gebilde, das es jetzt jahrzehntelang gibt, und zwar mit den unterschiedlichsten Interessen. Das muss man auch einmal klar festhalten.

Die Krankenversorgung obliegt der Stadt Wien. Unser Interesse ist es natürlich, die Versorgung für die Menschen bestmöglich zu gewährleisten. Das ist unser Ziel. Gleichzeitig hat die MedUni andere Prioritäten, nämlich Lehre und Forschung. Das heißt, unser Bestreben nach bestmöglicher Versorgung steht den akademischen Leistungen gegenüber, und aus diesem gesamten Konstrukt der verschiedensten Interessen ergibt sich ein permanenter Konflikt. Das haben wir heute schon gehört. Seit Jahren ist klar, dass es keine gemeinsame Betriebsführung, keine gemeinsam definierten Leistungsaufträge und keine abgestimmte Gesamtfinanzierung gibt.

Das heißt konkret: Die Entscheidungsebenen sind

getrennt von der Finanzierungsstruktur, durch gesetzliche Rahmenbedingungen besteht aber sehr wohl organisatorisch und personell eine Verknüpfung. 20 verschiedene Verträge sind auch im Rechnungshofbericht aufgelistet, es sind gesetzliche Einzelleistungen in diesem Konstrukt zu berücksichtigen, es gibt 10 000 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, unterschiedlichste Berufsgruppen, Dienstgeber und dienstrechtliche Voraussetzungen sowie Zuständigkeiten bis hin zu den Sonderregelungen. – Ich glaube, wir alle wissen, dass das ein enormer Apparat ist.

Dazu kommt – und das habe ich auch recht spannend gefunden –, dass 2007 bis 2015 Jahrestarifen festgelegt wurden, im Hinblick auf welche allerdings schon absehbar war, dass sich das nicht ausgehen wird beziehungsweise knapp werden wird. Dazu kommen noch veraltete medizintechnische Geräte. Weiters wurde das Kinderoperationszentrum gebaut.

In diesem Bericht wird außerdem festgehalten – und ich bitte Sie, das auch zur Kenntnis zu nehmen –, dass 2012 ein Mehrjahresplan erstellt wurde und eine verbesserte Zielvereinbarung getroffen wurde, und zwar federführend von unserer Gesundheitsstadträtin. Auch das ist im Rechnungshofbericht festgehalten.

Der nächste Punkt ist auch sehr wichtig: Ich glaube, es war GR Dworak, der gemeint hat, die GRÜNEN halten das mit der Betriebsführungsgesellschaft für überkompliziert. – Einerseits verlangen Sie von uns Haltung. Darum sprechen wir genau das aus, was Faktum ist. Und das sagen nicht nur wir. Wenn Sie den Rechnungshofbericht mit den Empfehlungen gelesen haben, dann wissen Sie, dass dort – zum Leidwesen des Bundes und der MedUni – ganz klar festgelegt ist, dass eine Betriebsführungsgesellschaft keine Lösung ist, bevor man nicht die Voraussetzungen klärt und daraus erst Konsequenzen zieht.

Das heißt: Der Rechnungshofbericht, den wir alle sehr ernst nehmen, empfiehlt diesen Weg. Und welchen Weg geht die Gesundheitsstadträtin mit „Universitätsmedizin 2020“? – Genau diesen Weg! Genau diese Punkte sind festgelegt. Es ist festgelegt, welche Betriebsführungsmodelle definiert werden sollen, welche geeignet sind, welche Voraussetzungen man schaffen muss, dass es funktioniert, und welche Form zukünftiger Zusammenarbeit geschaffen werden soll.

Das heißt, diese Empfehlung wird sehr ernst genommen. Diesen Weg geht die Gesundheitsstadträtin mit all den Herausforderungen und Problemen, die noch vor uns liegen. – Das oberste Ziel der Stadt Wien ist die bestmöglich gesundheitliche Versorgung. Und wenn Sie jetzt einen Misstrauensantrag genau gegen die Stadträtin einbringen, die den Empfehlungen des Rechnungshofes nachgeht, werte FPÖ, dann ist das nur lächerlich! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist GR Seidl. Ich erteile ihm das Wort.

GR Wolfgang **Seidl** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Ich muss schon sagen: Einen gewissen Unterhaltungswert hat die Sitzung auch! Zunächst habe ich mir gedacht: Ich werde voraussichtlich auch auf die Ausführungen der GRÜNEN eingehen müssen. – Aber leider war da wirklich nichts! Somit kann ich darauf nicht eingehen.

Aber die Genossen haben mir ein wenig Munition geliefert, und ich möchte zunächst auf das eingehen, was GR Wagner hier von diesem Platz aus gesagt hat: Er hat es doch tatsächlich geschafft, bei einer Diskussion, in der es um die Gesundheitsproblematik in Wien geht, den Kärntner Bundesrat Dörfler ins Spiel zu bringen! – Ich muss sagen: Das ist wirklich ausgezeichnet! Toll! Vielleicht ist Ihrer Meinung nach Herr Dörfler auch daran schuld. – Wir sind der Meinung, dass dem nicht so ist, sondern dass die Schuldige vor uns sitzt, nämlich Frau StRin Wehsely, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Außerdem möchte ich natürlich auch noch auf das eingehen, was Kollege Deutsch gesagt hat. Er hat gesagt, dass Herr Lasar noch nicht Gesundheitsstadtrat ist. – Das ist vollkommen richtig! (*GR Christian Deutsch: Das zu behaupten, wäre nämlich Amtsanmaßung!*) Er ist noch nicht Gesundheitsstadtrat. Was er allerdings jetzt schon ist: Er ist der Gesundheitsstadtrat der Herzen für uns Wiener, sehr geehrter Herr Deutsch! (*Ironische Heiterkeit und Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Ich glaube, dass wir heute schon sehr viel gehört haben, warum und wieso. Unserem Verständnis nach ist es unbedingt notwendig, diesem Misstrauensantrag gegen Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, heute zuzustimmen.

Ich möchte mich einem Thema widmen, das Anfang des Jahres sehr viele Österreicherinnen und Österreicher erschüttert hat: Ich spreche vom Streik der Ärzteschaft und der Bediensteten vor dem AKH. Ich habe in meinem Brotberuf mit dieser Klientel sehr viel zu tun und weiß um deren unglaublichen Einsatz für die Patienten Tag für Tag. Und ich weiß weiters, was diese Personengruppe tagtäglich treibt: Sie ist um das Wohl der Patienten bemüht. Bei dieser Personengruppe geht es nicht um Macht, es geht nicht um Geld und bei Gott nicht um einen geregelten Arbeitstag. Diese Personengruppe ist Tag und Nacht für uns da, und ich meine, dafür gebührt den Mitarbeitern in den Gesundheitsberufen und den Ärzten von dieser Stelle aus auch einmal ein herzliches Dankeschön! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wenn diese Personengruppe, die man bis jetzt eigentlich als fast streikresistent ansehen kann, allerdings einmal zu diesen ultimativen Kampfmaßnahmen greift und streikt, dann muss doch einiges im Argen liegen, und leider Gottes liegt in Wien tatsächlich sehr viel im Argen. Es geht nicht nur um die Bezahlung, die alles andere als üppig ist. Mittlerweile bekommen die fleißigen Mitarbeiter außerdem auch noch Schreib- und Verwaltungstätigkeiten aufgebürdet und können ihrer eigentlichen Berufung nicht mehr nachgehen. Und das Tüpfelchen auf dem i waren dann einerseits die Ankündigung der Streichung der Nachtjournaldienste am Wiener AKH und andererseits die übervollen Ambulanzen. Ganz zu schweigen vom Kompetenzwirrwarr im AKH insgesamt,

dieses Thema wurde heute schon angesprochen, und dieses Problem schreit dringendst nach einer Lösung.

Ich möchte jetzt allerdings die Gelegenheit wahrnehmen und auch noch weitere Baustellen in Wien ansprechen. Da fällt mir gleich einmal das Wilhelminenspital ein. Kurz wurde es heute schon angesprochen. Es gab im Jahr 2011 eine legendäre Pressekonferenz. Ich habe das schon zwei Mal an dieser Stelle gesagt. Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sie werden sich wahrscheinlich daran erinnern. Sie haben diese Pressekonferenz gemeinsam mit dem Bürgermeister abgehalten. Dabei ging es darum, den versammelten Journalisten die Pläne für den Komplettumbau zu präsentieren.

So weit, so gut: Die Pläne wurden damals präsentiert. Einige Journalisten waren anwesend, und ein ganz interessierter Journalist hat sich dann allen Ernstes erdreistet und die Frau Stadträtin gefragt, was das denn kostet. – Darauf gab es dann eine unglaublich legendäre Antwort von Ihnen, und ich möchte diese ganz kurz zitieren: Auf die Frage: „Was kostet dieses Projekt?“, hat die Frau Stadträtin geantwortet: „Da könnte ich mir gleich selbst ins Knie schießen.“ Seriöserweise könne man die Kosten nämlich noch nicht abschätzen.

Sehr geehrte Frau Stadträtin! Das ist Ihre Antwort auf eine Frage zu einem Projekt, das Sie vorgestellt haben und das jetzt bald Realität werden soll. So plant man hier in Wien. Das ist leider Faktum!

Aber kommen wir noch zu einem anderen Thema, sehr geehrte Frau Mag Wehsely! Sie sind ja nicht nur Gesundheitsstadträtin, sondern auch Sozialstadträtin in dieser Stadt, und auch da gibt es selbstverständlich einiges zu kritisieren. Vielleicht wissen Sie nicht, welchen Tag wir heute haben. Es ist der 20. Februar, und man feiert weltweit den Welttag der sozialen Gerechtigkeit. Dieser Tag wird wirklich auf der ganzen Welt gefeiert, nur nicht in Wien. In Wien können wir diesen nämlich leider nicht feiern, weil Rot und Grün hier regieren. (*Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.*) Es gibt 300 000 Wienerinnen und Wiener an oder unter der Armutsgrenze, es gibt um die 150 000 Mindestsicherungsbezieher und so weiter und so fort. Und da fällt mir natürlich – das wurde heute auch schon angesprochen – der nicht ausbezahlte Heizkostenzuschuss ein. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Sie sparen immer nur bei den Ärmsten. (*Weiterer Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.*) Zu Ihnen komme ich noch ganz kurz! Mit den Subventionsmitteln, die Jahr für Jahr in grüne Festivals gesteckt werden, bei denen Teilentmündigte vorgeführt werden, und so weiter, und so fort, und mit den Unsummen, die Sie in Ihr Chaosprojekt Mariahilfer Straße stecken, könnten wir jeden Wiener mit einem Heizkostenzuschuss ausstatten, sehr geehrter Frau Stadträtin! (*Zwischenruf von Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely.*) Aber das ist eben Ihre soziale Politik!

Kommen wir kurz auch zur Mindestsicherung: Wie viele Personen gibt es denn in Wien, die derzeit Mindestsicherung beziehen? – Die aktuellen Zahlen sind uns leider noch nicht bekannt. Nächste Woche werden wir eine diesbezügliche Anfrage stellen. Was wir allerdings

jetzt schon wissen: Es gibt in Wien mehr Mindestsicherungsbezieher, als die Stadt Salzburg Einwohner hat, und die Stadt Salzburg ist die viertgrößte Stadt in Österreich, meine Damen und Herren!

Das ist der Erfolg der rot-grünen Stadtregierung in Wien! Sie haben leider Gottes keine Idee, wie man das Ganze löst. Sie haben keine Lösungskompetenz und haben auch überhaupt null konstruktive Vorschläge vorgelegt. (*Zwischenruf von GR Godwin Schuster.*)

Meine Damen und Herren! Was tun Sie von Rot und Grün heute noch? – Sie verwalten die Zeit bis zur nächsten Wahl. Etwas verspreche ich Ihnen allerdings, und darauf freue ich mich ganz besonders: Wir werden unter Garantie spätestens im Jahr 2015 einen freiheitlichen Bürgermeister in dieser Stadt Wien haben! Und das ist gut so. (*Beifall bei der FPÖ. – Ironische Heiterkeit und Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Wir Freiheitliche, meine Damen und Herren, wären im ersten Schritt schon damit zufrieden, wenn Sie wenigstens Lösungen ankündigen würden! Aber nicht einmal das findet statt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Weil es in den letzten Tagen auch medial relativ ruhig um Sie wurde, sehr geehrte Frau Stadträtin, habe ich einmal alle Zeitungen der letzten Tage durchforstet, und dann habe ich doch etwas gefunden, wo Sie vorgekommen sind: In der vorgestrigen Gratiszeitung „Heute“ sieht man Sie auf einem Bild, und es heißt, dass Sie stolz darauf sind, dass beim heurigen Flüchtlingsball zu Mitternacht eine Quadrille getanzt wird. (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Immer noch besser als der Akademikerball!*)

Sehr geehrte Frau Stadträtin! Das sind also Ihre Sorgen: Ihre medienwirksamen Auftritte! Dazu möchte ich sagen, meine Damen und Herren: So kann es einfach nicht weitergehen! Im Jahr 2015 sind Sie Geschichte, und das ist gut so. – Danke schön. (*Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung der beiden eingebrachten Anträge.

Zuerst bringe ich den Misstrauensantrag zur Abstimmung. Hiefür wurde namentliche Abstimmung verlangt. Dementsprechend bitte ich die Schriftführer zu meiner Linken und zu meiner Rechten, die Familiennamen vorzulesen und bitte die Herren und Damen Gemeinderäte, mit Ja für und mit Nein gegen den Antrag zu antworten. Der Schriftführer zu meiner Linken beginnt. – Bitte.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Dr Aichinger.

GR Dkfm Dr Fritz **Aichinger** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Dr Aigner.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*Klubungebundener Mandatar*): Ja.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GRin Akcay.

GRin Safak **Akcay** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Akkilic.

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Dipl-Ing Al-Rawi.

GR Dipl-Ing Omar **Al-Rawi** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GRin Mag Anger-Koch

GRin Ines **Anger-Koch** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Was? – Ach so: Nein! (*Heiterkeit*).

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Baron.

GR Karl **Baron** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Baxant.

GR Petr **Baxant**, BA (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GRin Mag Berger-Krotsch.

GRin Mag Nicole **Berger-Krotsch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Blind.

GR Armin **Blind** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GRin Bluma.

GRin Susanne **Bluma** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Mag Chorherr.

GR Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Mag Czernohorszky.

GR Mag Jürgen **Czernohorszky** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Dadak.

GR Michael **Dadak** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Deutsch.

GR Christian **Deutsch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GRin Mag Duzdar.

GRin Mag Muna **Duzdar** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Ing Mag Dworak.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Mag Ebinger.

GR Mag Gerald **Ebinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Ekkamp.

GR Franz **Ekkamp** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Ellensohn.

GR David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GRin Mag Feldmann. (*Ruf bei der ÖVP: Sie ist nicht im Saal anwesend!*)

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Flicker.

GR Martin **Flicker** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Dr Frigo.

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GRin Gaal.

GRin Kathrin **Gaal** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GRin Graf.

GRin Ilse **Graf** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Mag Gudenus.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Ing Guggenbichler.

GR Ing Udo **Guggenbichler** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Haslinger.

GR Gerhard **Haslinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GRin Hatzl.

GRin Eva-Maria **Hatzl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GRin Hebein.

GRin Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Herzog.

GR Johann **Herzog** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Hofbauer.

GR Manfred **Hofbauer**, MAS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GRin Mag Holdhaus.

GRin Mag Karin **Holdhaus** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Holzmann.

GR Ernst **Holzmann** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Hufnagl.

GR Heinz **Hufnagl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Hursky.

GR Christian **Hursky** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Irschik.

GR Wolfgang **Irschik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Mag Jung.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GRin Karner-Kremser.

GRin Waltraud **Karner-Kremser**, MAS (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Mag Kasal.

GR Mag Günter **Kasal** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GRin Dr Kickert.

GRin Dr Jennifer **Kickert** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GRin Klicka.

GRin Marianne **Klicka** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Kopietz.

GR Prof Harry **Kopietz** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GRin Korosec.

GRin Ingrid **Korosec** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Mag Kowarik.

GR Mag Dietbert **Kowarik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Kubik.

GR Gerhard **Kubik** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GRin Dr Laschan.

GRin Dr Claudia **Laschan** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GRin Ing Leeb.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Lindenmayr.

GR Siegi **Lindenmayr** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GRin Ludwig-Faymann.

GRin Martina **Ludwig-Faymann** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GR Mahdalik.

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GR Dipl-Ing Margulies.

GR Dipl-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GRin Matzka-Dojder.

GRin Anica **Matzka-Dojder** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GR Dr Mayer.

GR Dr Alois **Mayer** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GR Ing Meidlinger.

GR Ing Christian **Meidlinger** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GRin Meyer.

GRin Uta **Meyer** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GRin Mörk.

GRin Gabriele **Mörk** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GR Dipl-Ing Dr Mörz.

GR Prof Dipl-Ing Dr Kurt **Mörz** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GR Nepp.

GR Dominik **Nepp** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GR Mag Neuhuber.

GR Mag Alexander **Neuhuber** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GR Nevriy.

GR Ernst **Nevriy** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GR Niedermühlbichler.

GR Georg **Niedermühlbichler** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GRin Novak.

GRin Barbara **Novak** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GR Peschek.

GR Christoph **Peschek** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GRin Mag Ramskogler.

GRin Mag Sonja **Ramskogler** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GR Mag Reindl.

GR Mag Thomas **Reindl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GR Ing Rösch.

GR Ing Bernhard **Rösch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GRin Rubik.

GRin Silvia **Rubik** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GR Dipl-Ing Schicker.

GR Dipl-Ing Rudi **Schicker** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GRin Schinner.

GRin Katharina **Schinner** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GRin Schubert.

GRin Ingrid **Schubert** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GRin Schütz.

GRin Angela **Schütz** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GR Schuster.

GR Godwin **Schuster** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GR Seidl.

GR Wolfgang **Seidl** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GR Mag Spitzer.

GR Mag Gerhard **Spitzer** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GR Stark.

GR Rudolf **Stark** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GR Dipl-Ing Stiftner.

GR Dipl-Ing Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GRin Mag Straubinger.

GRin Mag Sybille **Straubinger**, MBA (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GR Strobl.

GR Friedrich **Strobl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GR Dr Stürzenbecher.

GR Dr Kurt **Stürzenbecher** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GRin Teiber.

GRin Barbara **Teiber** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GR Valentin.

GR Erich **Valentin** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GRin Dr Vana.

GRin Dr Monika **Vana** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GR Dr Van der Bellen.

GR Dr Alexander **Van der Bellen** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GR Vettermann.

GR Heinz **Vettermann** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GRin Prof Dr Vitouch.

GRin Prof Dr Elisabeth **Vitouch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GR Wagner.

GR Kurt **Wagner** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GR Walter

GR Norbert **Walter**, MAS (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GR Dr Wansch

GR Mag Dr Alfred **Wansch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GRin Mag Wehsely

GRin Mag (FH) Tanja **Wehsely** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GR Mag Werner-Lobo.

GR Mag Klaus **Werner-Lobo** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GR Woller.

GR Ernst **Woller** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: GRin Mag Wurzer.

GRin Mag Martina **Wurzer** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Danke.

Frau Kollegin Feldmann wurde aufgerufen und war beim Aufruf nicht da, darum hat sie ihr Abstimmrecht verwirkt.

Nicht aufgerufen wurde offensichtlich irrtümlich Herr Mag Maresch. Ich rufe ihn deshalb jetzt noch auf: GR Mag Maresch.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Das ist deshalb geschehen, weil Sie als entschuldigt gegolten haben und nun schon wieder hier sind. Dafür können wir nichts.

Ich bitte nunmehr die Schriftführer zu mir herauf, damit wir die Auszählung vornehmen können.

Nach der Auszählung darf ich bekannt geben, dass der Misstrauensantrag der GRe Gudenus, Frigo, Ebinger, Rösch und Seidl 24 Ja-Stimmen und 69 Nein-Stimmen erhalten hat und somit abgelehnt ist. (*Anhaltender Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Als nächsten Antrag bringe ich den Beschluss- und Resolutionsantrag der GRe Korosec, Dworak, Angerkoch und Flicker betreffend gemeinsame Betriebsführung für das AKH Wien zur Abstimmung. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Somit ist die Tagesordnung erschöpft.

Ich beende die Sitzung.

(Schluss um 12.02 Uhr)